

## Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 8. März. Se. Maj: der Kaiser glitt gestern Nachmittag beim Promeniren auf dem glatten Parkboden aus und zog sich eine leichte Contusion der rechten Hälfte zu. Nach gut vollbrachter Nacht nahm der Kaiser heute in gewohnter Weise die regelmäßigen Vorträge an. (Wiederhol.)

\* Berlin, 8. März. St. Maj. Glattdeckcorvette Louise, 8 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Schering, ist am 14. Febr. in Bombay eingetroffen.

\* Berlin, 9. März. Vom Professor Dr. Lewin ist in Erwiderung auf eine an ihn gerichtete Anfrage folgendes Telegramm aus Petersburg vom gestrigen Tage eingegangen: „Bei Prokowjew fand ich keinerlei Symptome von Pest. Seine Druckschwelungen sind Überbleibsel einer vor mehreren Jahren überstandenen, jetzt nicht mehr vorhandenen Syphilis. Auch sonst habe ich in den Spitäleren Fälle verdächtiger Art nicht vorgefunden.“

\* Posen, 8. März. Nach einem soeben eingegangenen Telegramm des deutschen Generalconsuls zu Warschau ist in der Gubernialstadt Block die Rinderpest ausgebrochen.

\* München, 9. März. Der König hat dem Generalstabsmarschall v. Moltke ein Glückwunschkreiben zu dessen sechzigjährigem Jubiläum durch den bairischen Gesandten v. Rudhart in Berlin übermitteln lassen.

\* Wien, 9. März. Der Prosector des Lemberger Landespolitals telegraphiert: „Die Todesursache des in Mielnika unter verdächtigen Symptomen verstorbenen Mannes war Carbunculus-dorsiseptico-pyaemic; die Befürchtung, daß ein Pestfall vorliege, sei vollständig unbegründet. — Die freigedinner Nachrichten lauten düster; drei Schuhwerken sind eingerissen, die allerletzte besteht noch. — Es verlautet, ein Truppenwechsel in Bosnien stehe bevor; die meisten dort befindlichen Truppen würden herausgezogen und frische Truppen eingesetzt, wobei eine Verschiebung der Infektionsarmee erfolgt. — Die Montags-Revue schreibt: „Der Bericht der österreichischen Delegirten aus einer im Infectionsgelände liegenden Ortschaft constatirt, daß dort die Pest noch vorhanden.“

Leipzig, 7. März. Eine neue Freudenbotschaft läßt heute alles nach dem Stadtbade eilen; das Badewasser, durch ein Pumpwerk gehoben, strömt wieder ins Bassin des Stadtbades; gestern Nacht stand der Quellspiegel im Schachte 12 Zoll. Seit heute früh ist das Pumpwerk im Gange; da die Aufstellung der Locomobile noch nicht fertig, wird das Pumpwerk einstweilen durch sechs Männer betrieben, die mit größter Anstrengung arbeiten müssen, um das Wasser zu bewegen. Die Temperatur des Wassers beträgt jetzt  $38\frac{1}{2}$  Grad, während es vor der Katastrophe nur  $37\frac{1}{4}$  Grad hatte. Morgen schon wird gebadet werden können. (Presse.)

\* Szegedin, 8. März. Von den vier Vertheidigungslinien, welche Szegedin besitzt, sind drei gebrochen und überflutet. Das Hochwasser steht mit mächtigem Anprall 2–3 Meter hoch an der letzten Schutzwehr am Alsföldbahndamm und hinter Damm. Etwa 4 Kilometer von der Stadt weit ist ringsum gegen Nordwest, Nord und Nordost das Terrain in einer Ausdehnung von etwa 100 Quadratkilometer vollständig inundirt. Wenn die genannten leichten Dämme noch bis morgen fest halten, so dürften sie mit Aufgebot aller Militär- und Civilmacht so weit verstärkt und erhöht werden, daß die Gefahr von der Stadt abgewendet wird. Wird unsere Stadt von der Katastrophe ereilt, so kann niemand ein Verhüllt trennen, denn was Menschenkräfte zu leisten vermögen, geschieht hier seitens der Regierung und ihren Organen, vom Militär, das geradezu Uebermenschliches leistet, und auch von der Bevölkerung. Heute Nacht wird unausgesetzt gearbeitet. Die Stimmung ist der Situation entsprechend ernst, aber gefestigt. Alles ist bereit, im Falle der Katastrophe auf der soliden Staatsbahnbrücke über die Theiß zu flüchten.

\* Budapest, 8. März. Der Heeresausschuss der ungarischen Delegation hat die Occupationsvorlage pro 1878, im Betrage von 106 Mill. Fl., unverändert als Nachtragscredit angenommen und an diese Bewilligung nur die Bedingung gestellt, daß in diesem Jahre keinerlei Investition gemacht werde und daß von dem Voranschlag pro 1879 5,440000 Fl. gestrichen werden.

\* Steu, 8. März vormittags. Die Anklagelammer des Bundesgerichts hat den französischen Unterhann Brusse wegen der durch die Presse begangenen völkerrechtswidrigen Handlungen vor die Kästen des ersten

eidgenössischen Geschworenenbezirks verwiesen. — Die Botschaft des Bundesstrahls an die Bundesversammlung anloßlich der Wiederzulassung der Todesstrafe beantragt, nicht in die Berathung einzutreten.

\* Madrid, 8. März. Silveira soll an Stelle des zum Minister des Auswärtigen ernannten Molins als Gesandter nach Paris gehen. Das Ministerium der Colonien wird interimistisch noch von Orozco verwaltet werden.

\* Paris, 8. März. Bei dem gestrigen Empfang im Ellysee wurde die Anwesenheit der bonapartistischen Gruppe Haussmann sehr bemerkt. Das vorhergehende diplomatische Diner war sehr glänzend. Madame Grévy saßen der Ministrin und Lord Lyons, neben dem Präsidenten der Republik die Fürstin Hohenlohe und die Marquise Molins. (Post.)

\* Versailles, 8. März abends. In der heutigen Sitzung der Deputatenkammer verlas der Deputierte Briffon den Bericht der Commission für die Untersuchung der Acte der Regierung vom 16. Mai 1877. Der Bericht schließt mit dem Antrage, die Mitglieder der Regierung vom 16. Mai 1877 in den Anklagestand vor dem Senat zu versetzen und drei Mitglieder aus der Kammer zur Berichtigung der Anklage zu wählen. Dem Berlanzen der Regierung entsprechend wurde die Berichtigung des Berichts für nächsten Donnerstag festgesetzt.

\* Paris, 8. März abends. Der heute in Versailles vom Deputierten Briffon verlesene Bericht der Commission für die Untersuchung der Handlungen des Ministeriums vom 16. Mai 1877 wurde von der Kammer im ganzen lähl aufgenommen, die Rechte verhielt sich vollständig theilnahmlos. Die Abendblätter weisen auf die Abstimmung der Mitglieder der Commission über die Amnestievorlage am 23. v. M. hin und heben hervor, daß von den 22 die Majorität der Commission bildenden Mitgliedern, durch welche die Versetzung des Minister in den Anklagestand beantragt ist, 16 für volle Amnestie gestimmt. Abar Abstimmung Sitzung gar nicht teilnahmen und ein Mitglied mit der Regierungsmajorität stimmte. Die Blätter ziehen daraus den Schluß, daß die Majorität der Commission die Minorität der Kammer repräsentire und daß dieselbe am nächsten Donnerstag mit ihrem Antrag ebenso unterlegen werde, wie sie bei der Abstimmung über die Amnestievorlage geschlagen worden sei.

\* Paris, 8. März abends. Nach den angestellten Bählungen hält man eine Majorität gegen die Ministeranlage für sicher. Die Regierung beschäftigt sich lebhaft mit der Frage, welche Haltung die Rechte hierbei einnehmen wird. Da sie die Cabinefrage stellt, so kann sie die Stimmen der Rechten nicht als Vertrauensvotum acceptiren, andernfalls aber läuft sie Gefahr, daß die Stimmenthaltung der Rechten der Anklage die Majorität verschaffe. Ausschluß erregt der Beschluß des linken Centrums, gegen die Rückkehr der Kammern nach Paris zu stimmen, sowie die dabei gehaltenen Reden in betont conservativem Sinne. Die Fraction erklärt, ihre volle Handlungsfreiheit dem Ministerium gegenüber aufrecht erhalten zu wollen. — Die Ernennung Caubet's, des radicalen Vicepräsidenten des pariser Gemeinderathes, zum Cabinetschef des Polizeipräfekten und dessen provisorische Vertraung mit der Leitung der Municipalpolizei erregt großes Misstrauen in gemäßigten Kreisen, weil damit die Polizei dem Einfluß des radicalen Gemeinderathes verfallen ist. (Post.)

\* Paris, 9. März. Marschall Mac Mahon hat, sobald er von dem Entschluß der Untersuchungskommission vernahm, das Ministerium des 16. Mai in Anklagezustand zu versetzen, an den Präsidenten Grévy einen Brief gerichtet, in welchem er erklärte, daß er, im Falle die Verfolgung gegen die Cabinets vom 16. Mai und 13. Nov. eintritt, sich vor dem Senat einfinden würde, um die Verantwortlichkeit der Handlungen des Cabinets vom 16. Mai für sich in Anspruch zu nehmen. John Lemoinne veröffentlicht im Journal des Débats einen Leitartikel, in welchem ausführlich wird, daß die Anklageerhebung gegen die früheren Minister eine Warnung sei für die jetzigen Minister. Die Anklage sei ein weiterer Act der Bestiegerei der Regierung durch die Republik. Die République française sagt, daß Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts bei diesem Prozeß zu gewinnen habe. In den ministeriellen Kreisen hofft man, daß das Cabinet bis zum Donnerstag, dem Tage der Discussion, Erfolg haben wird, sich einer entscheidenden Majorität zu versichern, da die Majorität in der Untersuchungskommission durchaus nicht die Majorität der Kammer repräsentiert. — Nächstens wird

der erste Band der Memoiren Metternich's erscheinen. (D. M. Bl.)

\* London, 7. März. Die letzten Depeschen Lord Chelmsford's haben tiefe Verstimming erregt. In militärischen Kreisen und in der Tagesspreche drückt sich täglich offener die Meinung aus, daß dem Kriege ungünstige Vorbereitungen vorangegangen seien und die late Ausführung der Befehle, die Niederlage bei Isandula herbeigeführt habe. Die Daily News verlangt auf das entschiedenste die Abberufung Lord Chelmsford's und auch die Times und der Standard halten mit ihrem Urtheile über denselben nicht hinter dem Berge. — Dem Morning Advertiser telegraphiert sein Correspondent aus Dadur vom 5. März, er habe Grund zu glauben, daß mit Afghanistan ein Frieden auf günstiger Basis abgeschlossen worden sei. (Post.)

\* London, 8. März. Das hiesige Polytechnikum ist niedergebrannt. — Wie der Times aus Konstantinopel geschildert wird, hätte die Flotte in Meseink, Gavropol und Gümurdjina drei Brigaden zusammengezogen, um Macedonia gegen einen Einfall der Bulgaren zu sichern.

\* Kopenhagen, 8. März. Dem Journal Dagens Nyheder zufolge ist seitens der Universität beschlossen worden, das bevorstehende vierhundertjährige Jubiläum der Universität ohne specielle Feierlichkeit zu begehen. — Nördlich von Kopenhagen ist die See wieder offen, südlich der Stadt ist zwar noch Eis vorhanden, doch können Dampfschiffe passieren. Der Hafen ist durch Dampfschiffe passirbar gemacht worden.

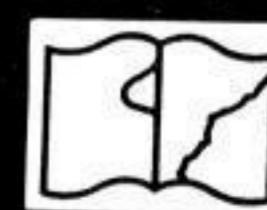
\* Petersburg, 8. März. Der Regierungshof veröffentlicht drei Telegramme des Professors Eichwald. Das erste datirt aus Wisowotska vom 3. März und meldet, der Gesundheitszustand der ganzen Gegend nördlich von Staritskoje sei besonders günstig; in den letzten Monaten sei kein Typhusfall vorgekommen, Pocken seien vorhanden, jedoch schwach. Zwei Sterbefälle in Kamenjar seien nicht durch Pest bedingt gewesen, sondern durch andere Krankheiten, die Absperrung Kamenjars sofort aufzuheben.

Das zweite Telegramm aus Tschornijs vom 5. März besagt, Eichwald und Hirsch überzeugten sich, daß in Staritskoje im December des vergangenen Jahres die Epidemie der levantinischen Pest existierte und sieben Todesfälle an Pestis siderans dagewesen seien; von der indischen Pest sei keine Rede.

Ein drittes Telegramm aus Nikolskoje vom 6. März constatirt, daß in Nikolskoje ein vereinzelter Fall der levantinischen Pest vorlame, aber kein Zusammenhang dieses Falles mit der Seuche in Weljanka gefunden worden sei. Infolge der ergriffenen Sanitätsmaßregeln sei jede Beforgnis betreffs Nikolskojes und Staritskojes geschwunden. Die Untersuchung der Seuche in Privatibinskje übernahm Dr. Snigirew. Die Professoren Hirsch und Eichwald reisen direct nach Weljanka.

Loris-Melitow fügt den vorstehenden Telegramm-meldungen hinzu, in den tschernojarsischen und jenotawischen Bezirken des Gouvernements von Astrachan mit 118000 Einwohnern seien seit dem Auftauchen der Epidemie im October 1878 bis zum 7. Febr., wo der letzte Todesfall vorlame, nicht über 500 gestorben; unzweifelhaft rastten Cholera, Diphtheritis, Poden- und Typhus viel mehr Opfer dahin. Augenblicklich könne man sagen, die Epidemie sei überwältigt, da es bewiesen sei, daß die Absondierung der Erkrankten vor weiterer Verbreitung der Seuche gänzlich schläge. Es könne sich die Gesellschaft vollständig beruhigen und alle Geschäfte wieder aufnehmen. (Wiederhol.)

\* Petersburg, 9. März. General Graf Loris-Melitow telegraphiert aus Astrachan vom 7. März: „In einer gestern in Weljanka stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der ausländischen Ärzte und des Professors Eichwald wurde ein schriftliches Protokoll aufgenommen, in welchem die Doctoren Hirsch, Bielsabegh, Kabiadis, Petresko und Professor Eichwald constatiren, daß die von Mitte October vorigen Jahres bis Ende Januar dieses Jahres im Gouvernement Astrachan beobachtete Seuche eine Pestepidemie war, welche den Charakter der sogenannten levantinischen Bubonenpest trug. Über den Modus der Einschleppung der Seuche glauben sich die gedachten Ärzte der Beschlusffassung bis dahin enthalten zu sollen, bis die weiter anzustellenden Untersuchungen genauere Daten ergeben haben werden. Die Epidemie sei indeß als erloschen zu betrachten, da seit 9. Febr. weder ein einziger weiterer Erkrankungs- noch Todesfall vorgekommen sei. Jedoch könne eine Garantie dafür nicht übernommen werden, daß die Seuche in den früher heimgesuchten Orten wiederkehrt in Weljanka eventuell nicht wiederauftrete.“



Die Aerzte raten schliesslich folgende von Professor Eichwald vorgeschlagene Maßregeln an: 1) Längere ärztliche Aussicht in den verdächtigen Ortschaften; 2) Aufrechthaltung der bestehenden Absperrung jedes infizierten Dorfes bis zum Ablaufe der gesetzlichen Frist von sechs Wochen; 3) Aufrechthaltung der allgemeinen Absperrung der gesamten infizierten Ortschaften mit zehntägiger Quarantäne. Dagegen erachten die Aerzte die Aufrechthaltung des um das astrachanische Gouvernement bestehenden Cordons für unnötig." Vom 8. März telegraphirt General Voris-Melikow aus Astrachan: "Es sind keine Epidemiekranke vorhanden; die Quarantäne der Dörfer Wiajowska und Vatajewka ist aufgehoben worden und verringert sich dem entsprechend die Absperrungslinie. Gleichzeitig sind die Beschützungslinien rund um das astrachanische Gouvernement herum sowie die Quarantäneeinrichtungen zu Sarepta, Achtscha und Elton aufgehoben worden."

\* Wien, 8. März abends. Weitere Meldungen der Politischen Correspondenz: "Aufgabe eines Telegramms der österreichischen Aerzte aus Weltsanka sind am rechten Ufer der Wolga seit 40 Tagen keine Fälle der Epidemie vorgekommen. Die russische Regierung traf energische und zweckmässige Maßregeln. Der erste Erkrankungsfall in Weltsanka am 17. Oct. v. J. betraf eine aus Astrachan am 13. Oct. angekommene Frau, welche an der Bubonenpest starb. Von ihrer Familie erkrankten gleichfalls an Bubonen 25 Personen in 7 Gehöften. Dier von starben 20 Personen. Die Aerzte erklären diese Fälle für Fälle der asiatischen Pest." — Aus Budapest: "In den letzten Tagen ist eine Eisenbahnconvention zwischen Rumänien und Ungarn auf der Grundlage gleicher Tarife für die Strecken Budapest-Predeal und Budapest-Bucsirova zu Stande gekommen."

\* Petersburg, 8. März. Man ist gegenwärtig an höchster Stelle damit beschäftigt, für die Kaiserin, deren Gesundheit einen solchen Aufenthalt wünschenswerth macht, Reisepläne nach der Krim festzustellen. Die Kaiserin würde in etwa vier Wochen, Ende März a. St., abreisen. Der Kaiser will seine Gemahlin begleiten, um nach sechs bis acht Wochen wieder zurückzukehren. In diesen wahrscheinlichen Reisedispositionen sieht man einen Beleg für die ruhige Aufstellung der höchsten Kreise gegenüber den alarmirenden Gerüchten.

\* Petersburg, 9. März. Nach weiteren hierher gelangten Nachrichten erfolgte die Abreise des Generals Todleben aus Adrianopel am 5. März abends. Die Stadt war illuminiert und die Bevölkerung gab ihrer Sympathie für die russischen Behörden durch die überall laut werdenden Rufe: "Es lebe der Kaiser Alexander!" Ausdruck. Meou-Pascha begleitete den General auf den Bahnhof, wo die Vertreter aller Nationalitäten sich versammelt hatten; mit großer Wärme wurde der General auch von den muselmanischen Geistlichkeit begrüßt. General Todleben hat vor seiner Abreise mehrere Verordnungen erlassen, um Meou-Pascha nach dem Abzug der russischen Truppen die Aufrechthaltung der Ruhe zu erleichtern. Am 7. März besichtigte General Todleben die russischen Truppen in Jenizogara und Kasanlik und wurde von der Bevölkerung überall enthusiastisch empfangen. Am Abend des 7. März traf General Todleben im Dorfe Schipka ein.

\* Konstantinopel, 7. März abends. Der Trade betreffend die griechisch-türkische Abgrenzung soll heute erlassen werden sein. Den türkischen Commissaren in Prevesa sind die erforderlichen Instructionen übermittelt worden. Wie es heißt, würde die Pforte den District Janina und fast den ganzen Golf von Arta behalten wollen; man glaubt indessen, daß diese Abgrenzung der griechischen Regierung nicht gelingen würde.

\* Konstantinopel, 8. März. Regierungsteilig wird bekannt gegeben, daß die hier eröffneten Conferenzen zur Lösung der bosnischen Frage einen ordnungsmässigen Verlauf nehmen und voraussichtlich in kurzem zu einem befriedigenden Resultat führen werden. Die Hauptschwierigkeit besteht, wie es scheint, darin, eine Formel zu finden, welche in der abschließenden Convention einen Ausgleich der Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung mit den Gesichtspunkten der Pforte schafft. Sobald dieser Punkt erledigt sein wird, ist sichere Aussicht vorhanden, daß die ganze Angelegenheit geregelt sein wird.

\* Cairo, 9. März. Dem Bernehmen nach hätten sich England und Frankreich mit der Ernennung des Erbprinzen Mohamed-Tewfik zum Conseil-présidenten einverstanden erklärt.

\* Wien, 8. März. Meldung der Politischen Correspondenz aus Athen: "Der griechische Gesandte in Konstantinopel hat seiner Regierung die neuesten türkischen Vorschläge betrifft der Grenzregulirung mitgetheilt. Nach denselben wäre Muhsat-Pascha angewiesen; ein aus Gebietsteilen von Thessalien und von Epirus combinirtes Stück Landes den griechischen Delegirten anzubieten. Dasselbe erstrecke sich mit Aus-

schluß der Golfe von Volo und Arta links vom Nezeroe über Pharsala bis einschließlich Trifala und von dort den Pindus überschreitend bis Pyro und endige längs der Abdachung des Pindus, das Aspropotamothal in sich schließend, zwischen Syntekun und Agropha. Wie die genannte Correspondenz weiter meldet, dürfte, falls Muhsat-Pascha diese Vorschläge wissentlich machen sollte, die Abberufung der griechischen Commissare aus Prevesa schon in den nächsten Tagen erfolgen und der Appell Griechenlands an die Vermittelung der Berliner Signatarmächte unvermeidlich sei."

\* Neupark, 7. März. Der Friedensapostel Elihu Burritt ist gestorben.

Leipzig, 10. März.

Die eine der brennenden Fragen, welche seit lange in der Luft schwebten, das Disciplinarrecht für den Reichstag, hat den grössern Theil der jüngsten parlamentarischen Woche ausgefüllt. Das Resultat der Verhandlungen ist ein solches, wie wir es von Anfang an gewünscht: der Reichstag wahrt seine Selbstbestimmung, legt aber sofort Hand an eine Revision seiner Geschäftsordnung. Was diese betrifft, so wiederholen wir, daß wir den Schwerpunkt derselben in einer Erweiterung und Verschärfung der Disciplinargewalt des Präsidenten finden. Durch sofortiges Einschreiten desselben, eventuell sofortige Entziehung des Wortes, kann eine Ungebühr am besten im Keime erschlagen werden, und es bedarf dann vielleicht weder einer noch besonderen Strafcommission, noch besonderer Strafen, noch endlich einer Beschränkung in der Veröffentlichung der Verhandlungen. Auch der Schutz der Minoritäten dürfte sicherer sein in der Hand eines einzelnen als bei einer Commission, in welcher doch mutmaßlich die Stimmung der Majorität überwiegen würde.

In Frankreich sah der Anfang voriger Woche das merkwürdige Schauspiel, daß der Minister des Innern, von allen Parteien der Kammer, ja auch von seinen eigenen Collegen verlassen, abtreten mußte. Sein Rücktritt, ebenso wie die unsichere Stellung des Finanzministers Leon Say, hatte zunächst persönliche Anlässe; doch war darin zugleich ein Sieg der vorgescheiterten Richtungen der Linken über die mehr gemäßigten zu erkennen und insofern erschien der Vorgang als verhängnisvoll für das ganze Cabinet Waddington. Am Schlusse der Woche nannten dessen Aussichten wieder etwas besser. Sein starker Widerstand gegen die Anklage der Minister vom 16. Mai scheint das Vertrauen des gemäßigten Theiles der Kammer und der Bevölkerung wieder bestigt und seine Gegner einigermaßen eingeschüchtert zu haben. Man rechnet auf eine anständige Mehrheit für das Cabinet in dieser wichtigen Frage.

Im übrigen hat die vergangene Woche wenig von Bedeutung gebracht. In Spanien fand ein Ministerwechsel statt, der aber nicht in der politischen Gesamtstimmung, sondern in den speziellen Verhältnissen des Landes zu seiner Colonie Cuba seinen Grund hatte. In Ägypten wird durch Wiedereinführung Rubar-Pascha's in einen Ministerposten den Beschwerden der Westmächte wohlanfangt Abhilfe geschafft werden. Die türkisch-griechische Streitfrage ist noch immer nicht gelöst. Der bewaffnete Einfall von etwa 500 Griechen auf türkisches Gebiet wird diese Lösung schwerlich erleichtern. Das Gerücht von einer Art von Nachkonferenz der Mächte wegen Durchführung des Berliner Friedens scheint allmählich wieder zu verstummen. Wegen der Pest sind neue Beunruhigungen nicht entstanden; auch der petersburger Fall scheint zu solchen denn doch kleinen begründeten Anlaß zu geben, da der angeblich Pestkranke nahezu vollständig geheilt ist und wol demnächst entlassen werden wird.

### Bom Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 8. März. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Reichshaushaltsetats für 1879/80, und zwar zunächst der Etat des Reichskanzler (54000 M.) und der Reichskanzlei (49780 M.). Beide Etats werden ohne Discussion genehmigt.

Es folgt der Etat des Reichskanzleramtes. Bei Kap. 1a, Tit. 1: Präsident des Reichskanzleramtes 36000 M., Director im Reichskanzleramt 20000 M., ergeht sich Abg. v. Ludwig in allgemeinen Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers, wird aber vom Präsidenten Dr. v. Hordenscheidt daran gehindert, welcher erklärt, streng darauf halten zu wollen, daß der stattfindenden Specialdebatte ihr streng sachlicher Charakter gewahrt bleibe. Auf Grund der Geschäftsordnung rufe er daher den Redner zum ersten mal zur Sache. Abg. v. Ludwig verzichtet danach auf das Wort.

Bei Tit. 2: sieben vortragende Räthe ic. 87000 M., fragt Abg. Dr. Hänel, weshalb ein vortragender Rath mehr im Etat aufgeführt sei als im vorigen Etat:

Für die Aemter des Präsidenten des Reichskanzleramtes

und des preußischen Handelsminister ist durch Beschluss des preußischen Abgeordnetenhauses eine Personalunion zu Stande gekommen. Freilich habe es die Fortschrittpartei wunderbar gefunden, daß diese Union nur vom preußischen Standpunkt aus bestimmt worden sei, und nun sei die erste Gelegenheit gegeben, die Forderung auch vom Reichsstandpunkt aus zu vertreten. Man habe durch diese Personalunion eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung der Geschäfte zu erreichen, eine Summe von burokratischem Apparat zu sparen gehofft. Nun werde noch eine burokratische Kraft mehr eingestellt: man hätte doch mindestens erst ein Jahr die junge Organisation erproben sollen. Es bitte um eine nähere Motivierung für die Forderung eines neuen vortragenden Räths.

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

Die Ansicht des Hrn. Abg. Hänel, daß die neu gebildete Räthecke im Zusammenhange steht mit der Vereinigung des preußischen Handelsministeriums und der Person des Präsidenten des Reichskanzleramtes, ist unzutreffend. Die Vermehrung des Personals ist davon ganz unabhängig und einzig dadurch geboten, daß erfahrungsmässig die Geschäftslast des Reichskanzleramtes in einem Maße wächst, wie sie auf die Dauer mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigt werden kann. In noch höhern Maße wird das der Fall sein, wenn erst das Reichskanzleramt vom Reichskanzleramt abgetrennt und es dann nicht mehr möglich ist, die Geschäfte in der Weise zu erledigen, die aus einer Abteilung in die andere übertragen werden können, wie es jetzt der Fall ist.

Obwohl Abg. Dr. Hänel sich durch diese Antwort nicht sehr befriedigt erklärt, wird der Titel mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittpartei bewilligt.

Bei Kap. 2, Tit. 10: Kosten der Maßregeln gegen die Kinderpest 50000 M., nimmt das Wort Abg. Richter-Meissen:

Wir haben die Ursache, und auf das energischste vor einer weiteren Einschleppung der Kinderpest zu wachten, und können der Regierung nur dankbar sein für die Vorbeugungsmaßregeln, die sie ergreift hat. Die neuesten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kinderpest von Süden her immer weiter vorschreitet, und auch in Österreich ist sie bereits so sehr eingeschleppt, daß wir daran ersehen, daß die allergörteste Vorsicht erforderlich ist. Von England ist uns bereits der Markt zur Abschaffung des Vieches verschlossen worden, es ist durchaus nothwendig, daß wir Rücksicht gegenüber dasselbe thun. Es ist nothwendig, einen strengen Militärcordon an der russischen Grenze zu ziehen, und es unangenehm das auch sein mag, so ist die Gefahr doch eminent, die Rücksichten auf das allgemeine Wohl einer bedeutende, daß die möglichst strengen Maßregeln gegen den Schmuggel nothig sind. Ich bitte daher die Regierung darum, mit aller Energie die Grenzposten vorzunehmen und im Interesse der Sache und des Schutzes unseres Landes bitte ich um Bewilligung. Ich erlaube mir ferner die Frage an die Regierung, ob es nicht, noch dem Sender und Empfänger immer mehr erkannt worden, und sich bewußt gezeigt hat, daß ein einzelnes Land zu klein und eine einzelne Regelung für das Reich dringend erforderlich ist, sich empfiehlt, ein allgemeines Viechenschengengesetz uns zu Annahme vorzulegen. (Beifall.)

Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann:

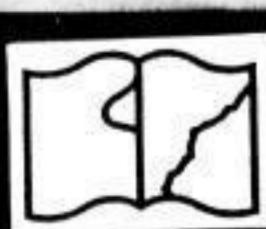
Der Entwurf eines Viechenschengengesetzes ist bereits angefertigt und wird hoffentlich die nördlichen Städte schnell durchlaufen, daß seine Vorlegung für den Reichstag noch in dieser Session möglich sein wird. (Bravo!)

Abg. v. Bethmann-Hohenlohe-Hohenstein:

Auch ich sehe den wesentlichen Schutz gegen die Kinderpest in den Grenzmaßregeln. Wenn aber die verheerende Seuche in kaum zwei Jahren zweimal wiederkehrt kommt, so liegt die Frage nahe, ob die bestehenden Gehege und Bestimmungen auch ausreichend sind, um Schutz gegen ihre Wiederkehr zu gewähren. Die revidierte Instruction seit 1873 geht davon aus, daß die Tilgung nur erreicht werden kann durch energisches Handeln, rasches, energisches Handeln sage ich hinzu. Dazu gehört in erster Reihe die nördliche Anzahl tüchtiger Thierärzte, und an diesen wird es doch der Umsicht des Herrn landwirthschaftlichen Ministers zu Preußen wenigstens nicht mehr fehlen. Aber es gehört dazu, daß die tüchtigen Thierärzte auch eine sachgemäss Verwendung finden, und daß also die verachteten oder verbotnen Orte auch rechtzeitig erkannt werden, frühzeitig als bisher. Dazu würde nothig sein, die Angepehlte bei bedenklichen Symptomen zu beschließen; es können jetzt den lösbarbaren Wochen vergehen, ehe etwas geschieht. Namentlich legt ich Wert darauf, diese Angepehlte auch auf die Viehhändler auszudehnen. Gerade darin hat es gelegen, daß 1877 der Reichskommissar so energisch wirken konnte, daß er zunächst feststellte, wohin in den letzten drei Wochen Vieh von Hamburg aus expediert sei. Dann gibt mit noch § 18 der genannten Instruction zu Bedenken Anlaß, wo die Bildung eines etwa dreimeiligen Seuchenbezirks vorgeschrieben ist. In jedem Falle schädigt eine solche Maßregel die Viehinteressen in lebhafter und empfindlicher Weise, ohne in einer Zeit der Eisenbahnen sichern Erfolg zu garantieren. Im Jahre 1877 und 1878 ist die Kinderpest nie weiter als zwei bis drei Kilometer verschleppt worden. Endlich habe ich mit der genannten Instruction es auch für nötig, daß um der Seuche die Nahrung zu entziehen, auch gekochtes Vieh getötet werden kann, aber ich sehe nicht ein, warum die Ställe, in denen es gestanden, destruirirt werden sollen. Das kostet erhebliche Summen, für die keine Entschädigung gewährt werden kann. Ich will keinen Antrag stellen, den ich empfehle die von mir gemachten Anregungen der möglichen Verstärkung der Regierung. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich bin dem Herrn Boxeder für die sachliche Kritik der Gesetzesgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar. Ich werde anordnen, daß die Räthe, die wir soeben gehabt haben, bei der Neuarbeitung eines Seuchengesetzes und der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen berücksichtigt werden, und dazu Anlaß diene, daß vor der heranzuhende Gesetzeswurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrat und Reichstag gelangen, um sachkundige Vertreter der Landwirtschaft namentlich aus verschiedenen Bezirken zugezogen werden, die aus eigener



urch Beschluss  
sonalunion zu  
eichsratsparcie  
m preußischen  
d nun sei die  
vom Reichs-  
erach diese Ver-  
d von bureau-  
erde noch eine  
täte doch müs-  
proben sollen  
ie Forderung  
taatsminister  
  
die neu ge-  
mit der Ver-  
ms und der  
es, ist mit-  
davon ganz  
s erfahrun-  
tes in einen  
vorhandenen  
noch höheren  
leichtschadens  
an nicht mehr  
lebigen, das  
zagen werden  
  
iese Antwort  
el mit allen  
bewilligt.  
regeln gegen  
Wort Abg.

ergischste vor  
zu woben,  
sein für di-  
Die neueste  
est von Osten  
Österreich  
n ersehen, daß  
England in  
es verschlossen  
wir Russland  
einen streng-  
ehen, und s-  
ehaft doch  
Wohl eine j-  
geln gegen die  
die Regierung  
zunehmen in  
unser Land  
ferner die Ab-  
dem Seude-  
d sich bewußt  
und eine ob-  
esforderlich je-  
sich und je-  
taatsminister  
  
bereits aus-  
1 Stadien h-  
den Reichstag  
abhol)

w:  
n die Kinder-  
e verheerend  
lebten kommt  
ejeje und Br-  
ag gegen die  
struktion ver-  
treicht werden  
isches Handel-  
t die nötig-  
wird es das  
Minister  
er es gel-  
ne sachgemä-  
hten oder in  
frühzeitige  
gejepflicht bei-  
nen jetzt den  
Räumlich  
auf die Bie-  
gelegen, das  
sonne, das  
Wochen Bie-  
nicht noch S. 11  
laß, wo die  
vorgeschriften  
regel die Ver-  
Weise, ohne  
u garantieren  
t nie weiter  
Endlich halte  
nötig, das  
auch gefund  
der ein, warum  
werden sollen  
Entschädigung  
stellen, das  
gen der wohl-  
(Beifall.)

achliche Kriti-  
kantbar. Ich  
n gebet ha-  
ngeleget und  
gültigen Bie-  
ete, daß, da-  
fentlich Di-  
langen wird  
umentlich zu-  
e eigener Cr

ohrung ihr gutachliches Urtheil darüber abgeben können wo sie dieser noch wenig prodire Schuh drückt. Ich glaube aber, aus der Darlegung des Redners geht doch hervor, daß die Reichsregierung es für die Verhütung der Seuchen eingeschleppung an Sorgfalt nicht fehlen läßt; im Gegenteil ist diese Sorgfalt vielleicht etwas zu weit getrieben, und es hat darin eine Milderung stattzufinden. Andererseits können wir uns der Wahrnehmung nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einführung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind (Zustimmung); ich möchte aber bitten, daß wir nicht das Reich als verantwortlich ansiehen und nicht Mangel an Sorgfalt in dieser Hinsicht zu legen. Das Reich hat keine Executivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu fördern; ja selbst die Polizeiamten, welche bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus andern Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehs dieselbe Sorgfalt zu widmen scheinen, die sie sonst dem Schmuggel angeheben lassen, unterliegen nicht der Instruktion des Reiches, sondern derjenigen der Einzelstaaten.

Es hat mir einen Eindruck gemacht, der in mir Zweifel anregte, wenn ich aus den Untersuchungen entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehre Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldflächen die Einfahrt von Vieh massenhaft stattgefunden hat. Es scheint mir doch fast unmöglich, daß die Grenzbeamten, daß der in seinem Kreise herumfahrende Landrat gar nicht auf den Gedanken kommen sollte, daß dort Umgebung und Uebertretung der Gesetze stattfinden könnte. Ob die Furcht vor der Abschaffung einer Denunciation größer ist als die Furcht vor der Verfehlung des eigenen Landes, weiß ich nicht, es scheint mir aber eben absolut unmöglich, daß solche Fälle sich so lange Zeit der Beobachtung haben entziehen können. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben zur Genüge dargethan, daß Beamte, selbst von nicht ganz unsterter Stellung, durch Ausstellung von falschen Attesten zur Ausbreitung der Seuche beigetragen haben, die unsern Viehbestand zerstört und uns um die ganze Ausfuhr nach England gebracht hat. Welches werden nun die Strafen für dies Vergehen, ja man kann sagen, im Hinblick auf die Katastrophen, die dadurch über das Land gebracht werden, Verbrechen, sein, daß man leichtsinnig, um Gewinn zu suchen, das ganze Land den Gefahren der Seuche ausgesetzt? Ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie wir das Gesetz betreffend die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Verhütung der Einführung der Rinderpest vorgebracht haben, wie außerordentlich von der Seite, die es für ihre Ausgabe hält, mehr Rücksicht auf den Verbrecher als auf das Verbrechen zu nehmen (Abg. Dr. Lasker: Ich bitte um Wort!), man bemüht gewesen ist, denselben seinen abschreckenden Charakter zu nehmen. Ich glaube, wir werden gezwungen sein, Ihnen milde vorjährigen Besluß zu amenden; ich mache darauf aufmerksam, daß die Gesetzgebung gegen das verbrecherische Einführen des Viehs eine viel zu milde ist. Und wenn wir späterhin, wie ich nicht wünsche, sehr schwere Strafzonen machen müssen, so wird die Mehrheit sich doch der Pflicht, hier zu helfen, sich nicht entziehen können, und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden. Einstweilen möchte ich bitten, nicht das Reich als verantwortlich anzusehen für diese Mißbräuche der Einführung, die an der Grenze jedenfalls stellenweise stattfinden müssen, sondern dagegen lieber in den Einzelstaaten die Regierung und Verwaltung zu impellen. Wir haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Polizeiamten ein Verfügungsberecht haben.

Abg. Dr. Lasker:

Die Neuerung des Herrn Reichskanzlers von Mitgliedern, die die Verbrecher mehr begünstigen als die ehrenlichen Leute (Widerspruch rechts), greift auf das zurück, was wir gestern hier verhandelt haben, und charakterisiert, von welcher Seite ist die Anregung kommt zu aufreisenden Debatten. (Lachen rechts.) Dem Herrn Reichskanzler kann dies hier folgen lassen auf frischer That nachgewiesen werden. (Lachen rechts.) Die vorgetragenen Thatssachen sind nicht richtig. Über das schwere Strafmaximum bestand von vorherher vollestes Einverständniß; es handelte sich nur um die Frage, wie hoch das Minimum gesetzt werden sollte. Dabei wurde ausdrücklich exemplifiziert, es handle sich dabei nicht um Personen, die in gewinnlüstiger Absicht, sondern um Fahrlässigkeit an destruktiven Dingen beteiligen. Meint denn der Reichskanzler, daß recht hohe Strafen schon eine gute Gesetzgebung ausmachen? Wer aus dem juristischen Sinne neben dem Interesse des Verbrechers auch die Natur des Vergehens zu berücksichtigen wünscht, der hört aus dem Munde des ersten Beamten des Reiches, er begünstige mehr das Verbrechen als das Wohl des Landes. Nachdem Sie dies haben auseinandersehen können, daß es sich um das Maximum der Strafe nicht gehandelt hat, das richterliche Urtheil also vollkommen frei war, die höchste Strafe so zu erkennen, wie die Regierung sie vorgeschlagen, werden Sie jetzt ein Urtheil fällen können, ob die Worte angebracht waren, welche der Herr Reichskanzler bei dieser Gelegenheit auszusprechen für gut befunden hat. (Beifall links; Widerspruch rechts.)

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich rufe den ganzen Reichstag zum Zeugen dafür auf, wer ruhiger gesprochen hat, ich oder der Abg. Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, auch niemand persönlich genannt, auch den Abg. Lasker nicht. Wenn Dr. Lasker sich zu der Bezeichnung der Strafe gegen den Verbrecher gegen Unge- rechtigkeiten schärfer accentuiert als den Schutz des ehrlichen Mannes, so kann ich nicht dasr. Außerdem muß ich doch sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir, wie schon öfter, einen belebrenden Beweis gibt, doch himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik; die ich an der Lage unserer Gesetzgebung geltend habe, im Interesse der Sicherheit unserer Viehhüter; und ich möchte ihm gerade den Vorwurf zurücklegen, daß ich ihn hier auf frischer That erkläre, wie er die sachlichsten Bemerkungen, sowie den leidlichsten Stachel einer Kritik seiner Aussicht findet, zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur benutzt, mir zu beweisen, daß ich jemand verdächtigt hätte. Ich habe zu ihm gar nicht gedacht und erst jetzt wird es mir gegenwärtig, daß er einer der Redner war, die verlangten, es sollte dem Viehsmuggler die gewinnlüstige Absicht nachgewiesen werden. (Widerspruch des Abg. Dr. Lasker.) Ich bin auf die Einzelheiten nicht vorbereitet, da ich weit ent-

fernt war, zu die Möglichkeit einer solchen persönlichen Diskussion zu denken. Sie haben das Minimum herabgesetzt; das ist ja doch aber für unsere Richter der regelmäßige Durchschnitt; wann wird denn der Richter zum Maximum greifen, außer wenn etwa die Spannung im öffentlichen Gefühl so hoch gelegen ist wie durch die Verbrechen des vorigen Jahres? Das Minimum herunterlegen, heißt die Strafe heruntersetzen. Ich glaube auch nicht, daß in solchen Gefügegebungen, die recht eigentlich praktischer Natur sind, die Herren Juristen das Hauptwort mitreden sollten, sondern die praktischen Interessenten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker:

Die eben gehörte Darstellung ist ebenfalls nicht richtig, was um so mehr verwundern muß, als der Herr Reichskanzler ein so gewaltiger Meister des Wortes ist, so genau jedes Wort abzumessen weiß, daß es wirkt und an die richtige Adresse gelangt. Er scheint auch die "Post" und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nicht zu lesen, denn dort war es jahrelang Mode, mich so zu charakterisieren, wie es heute gemacht hat. Nicht ich allein, das ganze Haus ist in diesem Vorwurfe interessirt. (Rufe rechts: Recht!) Nun freilich, Sie nicht! (Große Heiterkeit.) Sachlich liegt die Angelegenheit so, daß mein Antzug gar nicht angenommen wurde, sondern der, welchen die Regierung mit dem übrigen Theil des Hauses vereinbart hatte. Unsere Gesetze nachträglich in dieser Weise kritisiren, die Zustimmung der Regierung als eine solche darstellen, die nur wegen eines Notstandes erfolgt sei, später dem Reichstag allein die Verantwortlichkeit zuwälzen, das ist eine Politik, die nie zum Guten führen kann, das ist eine mächtige Agitation gegen den Reichstag im Lande. (Widerspruch rechts.) Wenn im Hause jemand das Urtheil gegen die Richter gefällt hätte, würde eine große Entlastung sich kundgegeben haben (Widerspruch rechts) — ja, ich glaube, einige von Ihnen (rechts) hätten das nicht gehabt, einige, die wenig Achtung vor den Richtern haben. (Erneuter Widerspruch rechts.) Wenn das Gesetz vorschreibt, daß der Richter zu verdingen habe, für den leichtesten Fall die leichte Strafe zu verdingen, im schwersten Falle bis zum Zuchthaus zu geben, so wird sich jeder Richter durch eine Neuertung wie die Herrn Reichskanzlers gekränt fühlen.

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich glaube, die Discussion würde nirgends die Grenzen des Sachlichen überschritten haben, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergreifen hätte; erst von dem Augenblide an hat sie dies Gebiet verlassen. Der Abg. Lasker hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich diejenigen bezeichnet habe unter Ihnen, welche stets der mildesten Strafgeißelung das Wort reden, um mir nachzufragen, ich sei jemand, der ganzen Kategorien von Beamten unüberlegt Vorwürfe mache. Ich halte sie überhaupt nicht für unüberlegt, sondern für sehr notwendig, damit sie auch im Publizum den Eindruck machen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen Leute Anspruch machen, uns jetzt nicht überall gewährt wird, daß unsere Strafen zum großen Theil viel zu milde sind. Ich halte mich auch für berechtigt, erneuerte Versuche in der Richtung zu machen, daß ich mich ohne Rücksicht irgend eines Namens, an die Richtung wende, die meines Erachtens die vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihresgleichen sich der Folgen dessen, was sie gethan haben, recht klar bewußt werden. Nach der Art, wie der Abg. Lasker mich angegriffen hat, muß ich glauben, daß ich dies ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande (Ahal links), in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche. Ich habe niemand persönlich genannt, auch niemand persönlich gekränkt. Man hat mir sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Härteigkeit vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich doch selbst urtheilen, ich weiß sehr gut, wonach ich strebe, und ich hoffe, meine Worte werden den Eindruck im Lande nicht verspielen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lasker:

Ich habe also die Absicht des Herrn Reichskanzlers richtig beurtheilt und es deshalb für nötig gehalten, sofort nachzuweisen, daß seine Darstellungen unrichtig sind, als ob unsere Bestimmungen zu milde g-faht wären.

Abg. Dr. Bismarck:

Ich bedauere mit dem Herrn Reichskanzler die Niedrigkeit der Strafzölle, muß ihm aber bemerken: Auch die strengsten Strafantröhungen schlichen Übertretungen nicht aus. Die Leute, die eine Vorschrift übertreten wollen, halten sich nur an eine einzige Bestimmung des Strafgesetzes: Läßt dich nicht erwischen. Fürst Bismarck sagt, es läge mancher Übelstand an der mangelnden Energie der Einzelstaaten. Ich möchte dann den Herrn Reichskanzler bitten, den preußischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam zu machen.

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Im Namen des preußischen Ministerpräsidenten kann ich sagen, daß solche Versuche gemacht sind, ich hoffe mit Erfolg, aber nicht mit sehr schnellem Erfolg. Preußen wird regiert von verschiedenen Ministern, von denen jeder für sein Revier verantwortlich ist, aber der Ministerpräsident hat keine verfügbare Befugnis. Was geschehen könnte, ist geschehen, und ich hoffe auch mit Erfolg. Ich habe nur die Verantwortlichkeit des Reiches salviiren wollen für das, was bisher geschehen ist.

Abg. v. Behr-Schmidow:

Ich möchte die Regierung bitten, uns demnächst eine Nachweisung zugehen zu lassen über die richterlichen Urtheile bei Übertretungen betrifft der Seucheneinschleppung. Es wäre interessant zu erfahren, auf wie hohe Strafen erkannt ist. Im übrigen möchte ich empfehlen, den Localbehörden an der Grenze Angelegerämter zur Verfügung zu stellen; denn wenn ein Schmuggler in einer Nacht 30 Thlr. verdienen kann, so wird viel geholt sein, wenn ein anderer weiß, durch dessen Anzeige kannst du 25 Thlr. verdienen.

Abg. Dr. Soro:

Ich muß dem Abg. Lasker darin widersprechen, wenn er sagt, die Heraufsetzung des Strafminimums veranlaßte die Richter nicht zur größeren Milde in der Strafbemessung. Ich bin zusammen 40 Jahre Richter und Staatsanwalt gewesen und muß sagen — ich will den Richtern nicht einen Vorwurf machen — daß es in jedem Collegium Richter gibt, welche im Durchschnitt das Minimum für den rich-

tigen Strafah halten und nur in schweren Fällen darüber hinausgehen. Ich selbst habe mich oft dieser feindseligen Richtung hingegeben — heute nenne ich sie so — ich meine aber, daß, wenn die Strafe mit dem Rechtsbewußtsein nicht im Einklang steht, dann in der königlichen Gnade das allerzeit wirthsame Correctiv gegeben ist. Was die Einschleppung der Rinderpest angeht, so haben wir in Ostpreußen mit Verhältnissen zu kämpfen, die hier kaum jemand glaublich finden würde. Rände die heutige Debatte vier Wochen später statt, dann könnte ich Ihnen einen jetzt in Stellung schwebenden Prozeß zum Beweise vorführen.

Abg. Richter-Hagen:

Ich halte es für äußerst bedenklich, Richtersprüche hier im Hause so zu kritisiren, wie das in der letzten Zeit unter Vorwurf des Reichskanzlers geschehen ist, und bemerke ausdrücklich, daß, wenn wieder von Seiten der Regierung gefragt werden sollte über das Sinken des Ansehens der Beamten und Richter in den unteren Volksklassen, dies ganz besonders durch derartige unberechtigte Kritiken hervorgerufen wird.

Abg. Dr. Lasker:

Eine derartige Kritik wie sie Dr. Soro, der vorgibt, Richter gewesen zu sein, dem Richterstande heute zutheil werden läßt, ist mir in meinem parlamentarischen Leben noch niemals vorgekommen. Er empfiehlt ein strenges Gesetz, das Minimum soll abschaffen, und wenn das Maximum zu hoch sei, so soll der Weg der Gnade beschritten werden. Ich weiß nicht, wie man ein absolut abschaffendes Minimum finden will, das ist mir außer bei der Todesstrafe undenkbar. Im übrigen wurde bei der Beratung des Gesetzes gegen die Einführung der Rinderpest ausdrücklich hervorgehoben, daß Strafen allein gar nichts nützen, sondern daß andere gründliche Maßregeln, besonders um die Grenzen zu bewachen, erforderlich sind, diese dürfen doch wohl auch mehr am Platze sein als diese unberechtigte Kritik der Richter.

Abg. Dr. Soro:

Einen Vorwurf wollte ich den Richtern durchaus nicht machen. Im übrigen bin ich erstaunt, vom Abg. Lasker zu hören, daß eine Kritik der Richter im Parlament ihm so neu ist. Ich glaube, daß in der That wiederholt unzulässige Kritiken vorgekommen sind, und ich will in dieser Beziehung nur erinnern an die Besprechung eines Beschlusses des höchsten preußischen Gerichtshofes im preußischen Abgeordnetenhaus. Ich behauptete nur, daß die Richter auch nur Menschen sind, und wenn Abg. Lasker in seiner Humanität noch weiter geht als alle Richter, so beweist das nur, daß er sich von den tatsächlichen Verhältnissen im praktischen Leben gar zu sehr entfernt hat. (Beifall rechts.)

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Bei Kap. 3, Tit. 1 und 2: Für Überwachung des Auswanderungswesens 18000 M., bemerkt Abg. Lingens, daß ihm die Ausgaben durchaus nicht den Leistungen adäquat erscheinen, wie auch aus den vom Reichscommissar erstatteten Berichten hervorgehe. In dieser Denkschrift steht unter anderm, es haben fast keine Schiffe zu Ausstellungen Anlaß gegeben, er möchte doch wünschen, daß diese Schiffe, welche nicht vorschriftsmäßig besudnet wurden, mitgeheilt werden. Im übrigen weiß Redner überhaupt auf die Auswanderung hin, welche er als eine Wunde Deutschlands bezeichnet, da nicht nur überschüssige Kräfte fortgehen. Die an der Spiege stehenden Staatsmänner sollen den Ursachen der starken Auswanderung nachforschen, um diese Krankheiterscheinungen verschwinden zu machen, welche allen ohne Unterschied des Parteistandpunktes zu gleicher Betriebsniss gereichen.

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich halte den Wunsch des Vorredners nach einer Auswanderungsstatistik für berechtigt und werde das Notwendige veranlassen. Um so mehr, als dann auch die Gründe klar werden müssen, welche diese Leute zur Auswanderung treiben. Aus der Statistik, soweit sie mir zur Zeit bekannt ist, geht der interessante Umstand hervor, daß es die meisten Auswanderer gerade in den am wenigsten bevölkerten Ländern gibt und nicht in den industriellen Gegenden, in denen oft 10000 Einwohner auf einer Quadratmeile leben. Der Redner wird aus seiner industriellen Heimat (am Rhein) den Eindruck nicht mitgebracht haben, daß dort sehr viele Anwesen von Auswanderern zum Verlaufe ständen; wenn er aber die wesentlich auf Landwirtschaft angewiesenen Gegenden betrachtet, so würde er anderer Wahrnehmungen machen, z. B. in Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, wo kaum 2000 Seelen auf die Quadratmeile kommen, und in meiner vorigen Heimat, wo die Zahl kaum 1200 übersteigt. Was ist nun die Ursache, daß dort dennoch die Auswanderung eine so außerordentlich ist? Diese Frage kann uns vielleicht beschäftigen in einigen Monaten, wenn wir die Tariffragen prüfen — die Vertheilung der Kosten zwischen der Landwirtschaft und den andern Theilen der Bevölkerung, die nicht von der Landwirtschaft leben. Ich will heute auf die Details nicht eingehen, ich will dem Redner dann auf seine Fragen ein Rendezvous geben.

Ich werde aus der größten Auswanderungsbevölkerung der Landwirtschaft zu dem Schluß kommen müssen, einerseits, daß das landwirtschaftliche Gewerbe ein außerordentlich erschwerte ist durch die Steuerverfassung u. a., und andererseits, daß es für die Landwirtschaft ein Segen sein würde, wenn sie in ihrem Umfang eine entwickelte Industrie finden könnte, mit der sie sich gegenwärtig unterstehen könnte. In industriellen Gegenden steht dem Arbeiter die Carrière offen zu den höchsten Vorbildern seiner Phantasie; der sprichwörtliche Marschallstab des französischen Soldaten ist in der Höhe des Arbeiters tatsächlich vorhanden, ich könnte viele Marschälle der Industrie nennen. Der Arbeiter kann aufsteigen, Werkführer, ja Associe und Mitinhaber eines großen Industriebetriebes mit der Zeit werden. Und, wenn nicht für ihn, so kann es doch für seine Kinder sicher besser werden. Ganz anders steht die Sache mit dem ländlichen Arbeiter. Die Lust, die ihn von der nächsthöheren Stufe trennt, ist für eine Generation unübersteigbar. Er sieht, daß sein Nachbar, der nun 60 Jahre das landwirtschaftliche Gewerbe getrieben hat, immer noch

In den persönlichen Verhältnissen gehörten ist. Die Aufhebung der Erbpacht hat aus seinerzeit viel Unheil gebracht; die Erbpacht wäre ein viel besseres Mittel als die beabsichtigte Teilung der Domänen, wo immer noch zu hohe Gebanprämie an die Käufer gestellt werden. Wenn es mit der Erbpacht gelingen sollte, den Erwerb von Grundeigentum zu erleichtern, und wenn unserer Gesetzgebung eine Verschöhnung von Industrie und Landwirtschaft gelingen sollte, dann wird auch der Herr Vorredner nicht mehr über so hohe Zahlen in der Auswanderungsstatistik zu klagen haben. Die Zahlen haben in den letzten Jahren zwar abgenommen, aber das liegt nur an vorübergehenden Ursachen, die durch einseitig in Amerika austretende Zustände wieder aufgehoben werden können. Ich verspreche schließlich dem Herrn Vorredner, die gewünschte Statistik nachzuliefern, und ich habe die Absicht, auf diese Statistik und auf den Einfluss unserer Gesetzgebung auf die Auswanderung bei der Beratung der wirtschaftlichen Fragen zurückzukommen. (Beifall.)

Abg. Richter-Hagen:

Wir müssen uns hütten, die industrielle Entwicklung in künftiger Weise zu fördern; das thun die Schuhlässe. Es tritt dann eine übermäßige Produktion ein, dann kommen schlechtere Zeiten und die Auswanderung muss eintreten. Ueberhaupt wirkt die ganze Zoll- und Steuerpolitik des Herrn Reichskanzlers darauf hin, die Auswanderung zu vergrößern. Denn wenn bei uns das Brot und alle anderen Nahrungsmittel immer teurer werden, so müssen eben eben die Leute dorthin gehen, wo sie sich besser und billiger ernähren können.

Abg. Ringens sagt dem Herrn Reichskanzler Danl für seine ausführliche und entgegenkommende Auskunft; freilich werde eine sehr weise und vorsichtige Politik zu befolgen sein, wenn man dahin gelangen wolle, der Auswanderung Einhalt zu thun.

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Bei Tit. 3: Reichs-Schulcommission 3600 M., bemerkte Abg. Dr. Lucius:

Meine Herren, ich bitte um die Erlaubnis, in möglichster Kürze einen Gegenstand wiederum zur Sprache zu bringen, der dieses hohe Haus schon wiederholt beschäftigt hat, der aber durch die Organisation, die auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen im letzten Winter stattgefunden, in ein neues Stadium getreten ist. Die Reichs-Schulcommission hat die Funktion, die Schulen zu klassifizieren, um ihnen die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst zu ertheilen, sie hat ferner die Prüfungsordnung festzustellen, welche bestimmt, welche wissenschaftlichen Anforderungen gestellt werden für das Examen derjenigen, die auf den Freiwilligendienst aspirieren.

Vieher hat man nun in dieser Anforderung daran festzuhalten, nur den Anstalten diese Berechtigung zu gewähren, an welchen zwei fremde Sprachen gelehrt werden, und diese Anforderung wiederum hat dazu geführt, daß eine Klasse von Schulen, die von allen Sachkundigen als ein höchst dringendes Bedürfnis anerkannt waren, nicht zu einer richtigen Entwicklung kommt, ich meine die Mittelschulen. Solange diese Anforderung der zwei fremden Sprachen aufrecht erhalten wird, solange blos diesen Anstalten die Berechtigung ertheilt wird, kommen die Mittelschulen nicht zu einer richtigen und gesunden Entwicklung. Diese Anstalten sind daher gerichtet und organisiert, daß sie die jungen Leute nach einem sechsjährigen Cursus, also etwa mit dem zwölfelegierten 16. Jahre entlassen, sie werden aber die Bindungen zu ihrer Existenz nicht haben, wenn diese Schulen mit jener Berechtigung nicht ausgestattet sind. Es würde nach der Meinung sehr sachkundiger Personen auf dem Schulgebiete in keiner Weise eine Herabsetzung des allgemeinen Bildungsniveaus damit verbunden sein, wenn man diese Anstalten, welche nicht zwei Sprachen, sondern blos eine moderne Sprache und zwar um so gründlicher lehren könnten, mit dieser Berechtigung versehen würde; es würde sich sagen lassen, daß die Abiturienten dieser Anstalten reichlich eine so gute, sogar eine bessere, weil eine gründlichere und abgeschlossene Bildung haben als wie diejenigen Schüler, welche die höhern Lehranstalten, also die Gymnasien und Realschulen von den Mittelschulen oder von Oberrealschule aus verlassen.

Es würde durch die Etablierung dieser Anstalten einem wirklichen Unterrichtswesent genügt werden, es würde durch deren Einrichtung ferner gerade den kleinen Kommunen, die jetzt immer, um diese Berechtigung zu erreichen, darauf hingewiesen sind, an Orten, wo weder die Lehr- und Finanzkräfte noch die Schüler vorhanden sind, um höhere Lehranstalten einzurichten, diese würden davon abkommen müssen, solche Lehranstalten an ganz ungeeigneten Orten in ungeeigneter Weise zu etablieren. Es würden ferner durch die Etablierung dieser Anstalten die höhern Lehranstalten von jenem Ballast, von jener großen Anzahl von Schülern entlastet werden, die blos bis als Oberscunbader die Real-schulen I. Ordnung und die Gymnasien besuchen, lediglich in der Intention, diese Berechtigung zu erhalten und zu erlauben. Ich glaube also, daß sowohl die Interessen des gesammelten Unterrichtswesens als wie die Interessen der mittleren Klassen unserer Bevölkerung dringend auf die Interessen der Entwicklung des technischen Unterrichtswesens hinweisen, daß man Berechtigungen diesen Anstalten geben sollte, die natürlich nachzuweisen haben, daß sie im Rahmen ihres Lehrplanes Etwas leisten. Ich erlaube mir daher die Frage an den Herrn Commissar des Bundesrates, ob bei der für dieses ganze Lehrgebiet in Aussicht stehenden Revision auf eine Regelung in der Weise zu hoffen ist, daß auch Anstalten, die nur eine fremde Sprache treiben, diese Berechtigung erhalten.

Ich will nur noch von vornherein den Vorwurf zurückweisen, als ob durch diese Verteilung etwa eine Verstärkung der Alpiranten für das Landwirtschaftsgericht bedingt sei, und weise einfach auf die Zahlen hin, daß seit 1814, seit das Einjährig-Freiwilligeninstitut existiert, es immer zwei Klassen Freiwillige gegeben hat, solche, die einfach beabsichtigt haben, die Vergleichung der kurzen Dienstzeit zu gewinnen, um in ihrem bürgerlichen Erwerb und sonstigen Leben möglichst kurze Zeit gestört zu werden, und solche, die neben diesem Zweck die Absicht verfolgten, Landwirtschaftsgerichte zu werden. Den statistischen Zahlen nach ist es nicht die Hälfte sämtlicher eingetretener Einjährig-Freiwilligen, die überhaupt auf den Landwirtschaftsgericht aspiriert. Also, wenn man diese Berechtigung diesen Anstalten er-

theilen würde, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß die Qualität der künftigen Landwirtschaftsgerichtspräsidenten in irgendeiner Weise verschlechtert werden würde. Wohl aber würde durch die Etablierung dieser Berechtigung unser gesamtes Unterrichtswesen von unten auf in die richtige Bahnen geleitet werden, während, wenn andererseits diese Anforderungen festgehalten würden, wir immer wieder zu halben und unzureichenden und nicht richtig durchgreifenden organisierten Lehranstalten kommen werden. (Beifall.)

Bevollmächtigter zum Bundesrathe Geheimrath Starke erwidert, daß die Reichs-Schulcommission keine Behörde mit Verwaltungsbefugnissen, sondern lediglich ein begutachtes Organ sei. Im übrigen liege es nicht in den Intentionen der verbündeten Regierungen, eine Ermäßigung in den Anforderungen an die Einjährig-Freiwilligen einzutreten zu lassen.

Abg. Dr. Reichenperger-Krefeld ist der Ansicht, daß man heute zu viel auf das Wissen und zu wenig auf das Können gebe; es sei besser, eine Sprache ordentlich zu können, als von mehreren nichts Ordentliches gelernt zu haben.

Abg. Dr. Lucius konstatiert dem Geheimrath Starke gegenüber, daß er keine Ermäßigung der Anforderungen fordert, sondern nur darauf hingewiesen habe, daß das Absolvieren einer Mittelschule den Schülern meist mehr Wissen beibringe als das Besuch einer höhern Schule bis zu einer Klasse, um die Qualifikation als Einjähriger zu erreichen. (Sehr richtig!) Der Titel wird bewilligt.

Bei Kap. 6: Statistisches Amt 98340 M., bemerkte Abg. Richter-Hagen:

Es geschieht für die Entwicklung der Statistik im Reiche nicht genug. Der Director des Statistischen Amtes befindet sich freilich in einer sehr schwierigen Lage, da seine Erhebungen und Ermittlungen wohl nicht immer mit den Wünschen des Herrn Reichskanzlers übereinstimmen. Redner ist der Ansicht, daß die Zoll- und Steuerpolitik, welche man einzuführen beabsichtige, nicht Aussicht auf Erfolg hätte, wenn statistische Kenntnisse mehr verbreitet wären. Auch über die in der neulichen Debatte von Graf Stolberg-Rostenburg angegriffenen Differentialtarife und deren Wirkungen auf die Preise wären statistische Publicationen sehr erwünscht.

Präsident des Reichskanzleramtes Hofmann verteidigt die amtliche Statistik gegen die Angriffe des Vorredners und kündigt eine Vorlage für die Sessession an, welche die Lücken in der Ausführungsstatistik ergänzen soll. Auf die Bemerkungen bezüglich des Directors des Statistischen Bureau zu antworten verschmäht der Herr Minister. (Bravo!)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode-Rostenburg entgegnet dem Abg. Richter bezüglich der Statistik über Differentialtarife, daß auch er (Redner) eine solche Statistik für nothwendig halte. Eine solche werde aber nur ergeben, daß die Bahnen weniger der Allgemeinheit als ihren Sonderinteressen mit den Differentialtarifen dienen.

Der Etat des Statistischen Amtes wird unverkürzt genehmigt, desgleichen der Etat der Normal-Archivierungskommission mit 78790 M.

Zum Etat des Gesundheitsamtes 124240 M. erklärt auf eine Anfrage des Abg. Günther-Nürnberg, Geh. Medicinalrath Dr. Finkelnburg, daß die Regierung nicht beabsichtige, bei der neu zu erlassenden Prüfungsordnung für Aerzte, sich in allzu specielle Fächer einzulassen, ferner, daß die in neuer Zeit vielbesprochene Farbenblindheit die Aufmerksamkeit der Eisenbahndienstwirten im vollsten Maße auf sich gezogen habe.

Der Etat des Patentamtes mit 491320 M. wird debattlos genehmigt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Zum Gehalt des Staatssekretärs 36000 M. betont Abg. Dr. Reichenperger-Krefeld die Nothwendigkeit, daß dem Reichstag ein Blaubuch vorgelegt werde, da alle Regierungen ihren Räumen ein solches vorlegen.

Abg. Dr. Hänel spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Die Blaubücher anderer Staaten enthalten unendliche Materialien, auf die der Deutsche Reichstag seinerseits verzichten muß.

Der Etat wird genehmigt. Er wirkt aus zu Bezahlungen 1.062000 M. für Gefandtschaften und Consulate 4.819300 M.

Beim Kapitel der Allgemeinen Fonds 453000 M. legt Abg. Römer-Hildesheim der Regierung die Fürsorge für die Zoologische Station in Neapel ans Herz. Die glänzendsten Namen der Wissenschaft ständen dem Institut zur Seite.

Staatsminister v. Bülow erwidert, daß dies Institut seit zwei Jahren bereits Reichsunterstützungen erhalten, deren Erhöhung sich indessen im gegenwärtigen Augenblick nicht befürworten lasse. Am wenigsten sei das Reich in der Lage, das Zoologische Institut, wie von manchen Seiten gewünscht werde, ganz zu übernehmen.

Der Posten 75000 M. zur Unterstüzung deutscher Schulen im Auslande wird auf Antrag des Abg. Römer-Hildesheim an die Budgetkommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellation Winterer betreffend das Schulwesen in Elsaß-Lothringen und Fortsetzung der Etatsberatung: Militäretat, Marine, Justizwesen &c.

## Deutsches Reich.

Aus Berlin vom 8. März berichtet der Deutsche Reichs-Anzeiger über den oben erwähnten Unfall, der den Kaiser betroffen: "Se. Maj. der Kaiser und Königin sind gestern Abend, als allerhöchsteselben mit Ihrer Maj. der Kaiserin-Königin in den oberen Sälen des Palais auf und abgingen, auf dem glatten Parkett ausgeglitten, mit der rechten Körperseite auf den Boden gefallen und haben sich eine Quetschung der rechten Hälfte und der rechten Brustseite zugezogen. Der rechte Arm hat keinen Schaden erlitten. Das Allgemeinbefinden ist ungestört. Die Schmerzen an den gequetschten Stellen sind heute geringer als gestern in den späten Abendstunden. Se. Maj. haben heute Vormittag die täglichen Vorträge entgegengenommen und empfingen Se. Königl. Hoher den Prinzen Karl."

Das Deutsche Montags-Blatt berichtet: "Die Kunde von dem unglücklichen Fall, welchen Se. Maj. der Kaiser vorgestern auf dem glatten Parkettboden in den Salons der Kaiserin gehabt, hatte, vor der Richtigstellung der Thatsachen im Staats-Anzeiger, Anlaß zu alarmirenden Gerüchten gegeben! Man behauptete, daß der verehrte Monarch nicht ausgeglitten, sondern vielmehr ehmächtig niedergesunken sei und sich dabei nicht unerhebliche Quetschungen zugezogen habe. Der Schred seiner hohen Gemahlin läßt sich erklären, namentlich, da sie sich, wenigstens im ersten Augenblick, mit dem Kaiser allein befand. Es wurde weiter versichert, daß der greise Monarch einige Zeit bewußtlos geblieben sei! Man ist hoch erfreut, daß diese ersten Meldungen, welche allerdings sehr positiv austraten, sich schließlich als grundlos erwiesen haben, denn bei dem vorgeschrittenen Alter unseres kaiserlichen Herrn wäre ein derartiger plötzlicher Ohnmachtszustand ein bedenkliches Symptom gewesen, welches zu den ernstesten Besorgnissen hätte Veranlassung geben müssen."

— Aus Berlin vom 8. März berichtet die Neue Preußische Zeitung: "Se. Maj. der Kaiser und Ihre Maj. die Kaiserin haben heute früh an den Generalfeldmarschall Grafen v. Moltke, welcher augenscheinlich in Holstein verweilt, beglückswünschende Telegramme zu dem heutigen Jubelfeste abgehen lassen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat dem langjährigen Chef des Generalstabes zu dessen Ehrentage seine Blüte gesendet. Von nah und fern sind im Laufe des heutigen Tages Glückwunschtelegramme, Briefe und Adressen in reicher Zahl von höchst- und hochgestellten Persönlichkeiten, Vereinigungen und Vereinen zu den ernstesten Besorgnissen mit den Generalfeldmarschall ist."

Wie das Fremdenblatt mittheilt, erhält Graf Moltke von dem Kaiser ein bronzenes Reiterstandbild Sr. Maj. auf schwarzem Marmorsofel, begleitet von einem Handschreiben, von der Kaiserin einen kunstvollen Briefständer, geziert mit dem Porträt der hohen Geberin, gleichfalls begleitet von einem Handschreiben. Die Stadt Leipzig hat dem gesieierten Helden ein Modell des Standbildes zugesendet, welches ihm dort erichtet werden soll; die Offiziere des Generalstabs haben eine Statue des kaiserlichen Kriegsherrn, auf marmorner Säule stehend, überreicht, die Beamten des Generalstabs eine ebenso sinnige als kunstvoll hervorragende Adresse. Das tollbergische Grenadierregiment, dessen Chef der Feldmarschall bekanntlich ist, hat eine reichverzierte Rangliste überendet. Die Deutsch-conservative Fraktion des Reichstages hat dem Jubilar, welcher Ehrenmitglied des Fraktionssvorstandes ist, in einer von allen Mitgliedern vollzogenen Adresse ihre Glückwünsche ausgedrückt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagt in einem Artikel, in welchem sie den Gedenktag des Feldmarschalls Grafen Moltke beschreibt: "Dass der Feldmarschall auch nach der Heimkehr aus Frankreich nicht auf seinen Vortern geruht, sondern ununterbrochen als waches Auge der Armee thätig gewesen ist, beweisen und schon jetzt nicht nur die vielen auf seine Initiative zurückzuführenden neuen Maßnahmen, sondern wird auch in Zukunft in mancherlei Gestalt klar werden. Daneben ist er rasch bemüht gewesen, der Armee eine Schule von Generalstabsoffizieren heranzubilden, welche bereitst, sei es in dieser, sei es in höhern Stellungen, dem Vaterlande in demselben Geiste uneigennütziger Hingabe selbstlosen Strebens und höchster Pflichttreue, dabei ausgestattet mit einem reichen Schatz von Wissen und Erfahrungen, dienen werden, wie Feldmarschall Graf Moltke ihm gedient hat, noch heute dient und — Gott gebe es — noch lange dienen wird!"

— Über die dritte parlamentarische Soirée beim Reichskanzler berichtet das Deutsche Montags-Blatt: "Die am 8. März beim Reichskanzler stattgehabte dritte parlamentarische Soirée war weniger zahlreich besucht als die vorhergehenden; die Reichsbücher hatten nur ein geringes Contingent gestellt, desto zahlreicher waren aber die Damen und Mitglieder des Bundesrates erschienen. Der Reichskanzler war trotz der im Reichstage wenige Stunden zuvor

statische hab  
fahre der  
er mit de  
sidenten  
verfa  
Geschäfts  
deutschen  
familie in Südde  
Stimmun  
langzeitig in  
von Abge  
v. Marsch  
der viel  
tages ge  
merkte lat  
noch lang  
wurde die  
demnächst  
Parlament  
Soirée n  
gierungsp  
im Reich  
spannen s  
anderen eu  
sen, der  
auch imm  
war die  
sächsischen  
meinte ab  
unpraktisc  
testen w  
deß, w  
aus der C  
Sprache.  
unmöglich  
wegen ni  
glücklich si  
übergege  
nards. L  
längere B  
jährl. wi  
auftaktpf  
oder beab  
Politik ge  
Deutschlan  
Kanzler u  
dass desha  
der Witte  
N.L.C. i  
höher zu  
liberalen  
Bollettari  
einen Bol  
Centner b  
frei ein.  
— Zum  
Abg. v. F  
Den R  
teatorge  
allgemeine  
der gegen  
die Dauer  
— Das  
hören, wi  
thung des  
tages ange  
commission  
bed am 2  
treten. D  
wirb, gehö  
sein Mant  
dem Abg.  
Mit Rück  
schäftsord  
Liberalen  
worden.  
der Gesch  
derartige  
v. Horden  
Wehrheit  
dienten zu  
weitgehend  
Sinne der  
mag. Es  
angeregt  
Revision  
zunehmen  
Dassel  
sich die

der Deutsche  
Unfall, der  
Kaiser und  
dieselben mit  
oben Säulen  
glatten Par-  
tei auf den  
Erschöpfung der  
zugezogen.  
Dass  
Schmerzen an  
als gestern  
haben heute  
genommen  
zum Karl."

het: "Die  
n Se. Maj.  
Parlamenten  
e, vor der  
ts-Anzeiger,  
ben! Man  
icht ausge-  
gesunken sei  
ungen zuge-  
mahl lägt  
nigstens im  
sand. Es  
nach einige  
och erfreut,  
rdings sehr  
los erwiesen  
lter unsers  
licher Ohn-  
schen, welches  
lung geben

die Neue  
r und Ihre  
en General-  
augenblick-  
Telegramme  
Der Groß-  
in langjährig-  
Chrentage  
ad im Laufe  
ne, Briefe  
und hoch-  
id Vereinen  
ehrenbürger

pielt Graf  
terstandsbild  
geleitet von  
nen Kunst-  
der hohen  
ndschreiben.  
n ein Mo-  
m dort er-  
alstab ha-  
ern, auf  
e Beamtens  
astoll her-  
niedierregi-  
nntlich ist,  
ie Deutsch-  
m Jubilar,  
des ist, in  
dresse ihre

sagt in  
des Held-  
der Held-  
reich nicht  
rochen als  
beweisen  
ne Initia-  
baren wird  
t werden.  
Armee eine  
stellungen,  
genügiger  
er Pflicht-  
schaft von  
wie Held-  
noch heute  
ge dienen

Soizé  
che Mon-  
ichsanzer  
it weniger  
ie Reichs-  
t gestellt,  
und Mit-  
ichsanzer  
nen zuvor

haltgehabten Scene in überaus freundlicher Laune; er führte Dr. Weigel selbst ans Buffet. Dort konferierte er mit den beiden Herren, namentlich mit dem Präsidenten, fast eine Stunde lang. Die eingehende Conversation soll sich um die Frage der Änderung der Geschäftsordnung gedreht haben. Mit mehreren süddeutschen Reichstagmitgliedern unterhielt sich der Reichsanzeiger über Zollfragen, indem er dieselben über die in Süddeutschland bezüglich der Kornzölle herrschende Stimmung befragte. Nachher sah man den Reichsanzeiger in langer Unterhaltung mit einer kleinen Gruppe von Abgeordneten, die fast ausschließlich den conservativen Fraktionen angehörten, unter andern den Abg. v. Marschall, v. Hellendorff, Staelin. Es wurde wieder viel von Gerichten über Auflösung des Reichstages gesprochen. Ein anwesender Staatsmann bemerkte lakonisch: "Die Ära der Überraschungen ist noch lange nicht zu Ende." In einigen Gruppen wurde die Nachricht colportiert, daß die Reichsregierung demnächst mit einem Plane wegen Errichtung eines Parlamentsgebäudes hervortreten werde. Auf der Soirée wurde die bevorstehende Ernennung des Regierungspräsidenten v. Bötticher zum Unterstaatssekretär im Reichs-Schatzamt als positiv gemeldet. Es entspannen sich diesmal wirkliche Conversationen. Unter andern erzählte jemand eine Anekdote von einem Sachsen, der vor Gericht stand und gefragt wurde, ob er auch immer richtig geschworen habe. "Mehrheitendels", war die Antwort. Bismarck äußerte sich über den sächsischen Volksstamm in sehr sympathischer Weise, meinte aber, derselbe sei in industriellen Dingen etwas unpraktisch. Als ein sächsischer Reichsbote dagegen protestierte, rief er ihm zu: "Wenigstens mehrheitendels, was natürlich viel Heiterkeit verursachte. Einer aus der Corona brachte die Frage der Abrüstung zur Sprache. Bismarck erklärte dies als für Deutschland unmöglich, wenigstens könne Deutschland seiner Lage wegen nicht damit anfangen. Es sei zwar sehr günstig für Durchgangszölle (Heiterkeit) gelegen, im übrigen aber sei es in der unangenehmen Position, nach vier Seiten Front machen zu müssen und seinem Nachbarn vertrauen zu dürfen. Die letzten Gäste verließen nach 12 Uhr das gastliche Haus."

In einem kurzen Bericht der "Post" ebendarüber heißt es: "Fürst Bismarck ließ sich an einem Tisch nieder, an welchem eine kleine Anzahl von Herren, unter andern die Herren v. Marschall und Stählin, vorübergehend auch die Herren v. König und Bernwards. Plaz genommen hatten, und verweilte dort längere Zeit in lebhaftem Gespräch, welches, wie erzählt wird, namentlich die Zollfrage betraf, aber auch, anknüpfend an einen von Hrn. v. Bühlern eingebrachten oder beabsichtigten Abrüstungsantrag, die auswärtige Politik gestreift haben soll, wobei die guten Beziehungen Deutschlands zu den benachbarten Mächten von dem Kanzler nachdrücklich betont worden sein sollen, ohne daß deshalb die stets schwierige Lage Deutschlands in der Mitte großer Militärstaaten verkannt wurde."

N.L.C. Berlin, 9. März. Der Abg. Dr. Binn, bisher zur "Gruppe Löwe" gehörig, ist der national-liberalen Fraction des Reichstages beigetreten. — Die Zolltarifcommission hat, wie wir hören, heute einen Zoll auf Holz im Betrage von 10 Pf. pro Centner beschlossen. Holz ging bereits vor 1865 zollfrei ein.

Zum Militäretat ist folgender Antrag vom Abg. v. Bühlert-Dehringen eingebrochen:

Den Reichsanzeiger zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongress zum Zwecke der Herbeiführung einer wirklichen allgemeinen Abrüstung etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig 10—15 Jahren zu veranlassen.

Das Deutsche Montags-Blatt schreibt: "Wie wir hören, wird infolge der vom Reichstag bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Strafgewalt des Reichstages angenommenen Resolution die Geschäftsordnungscommission unter dem Vorsitz des Präsidenten v. Fordenbeck am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Welche Wichtigkeit diesen Berathungen beigelegt wird, geht daraus hervor, daß der Abg. Graf Praschma sein Mandat für die Commission niedergelegt hat, um dem Abg. Windthorst-Meppen seinen Platz abzutreten. Mit Rücksicht auf die diesmalige Bedeutung der Geschäftsordnungscommission ist auch von den National-Liberalen Frhr. v. Stauffenberg in dieselbe gesandt worden. Die Commission soll eventuell Änderungen der Geschäftsordnung vorschlagen. Wir hören, daß derartige Vorschläge unter andern vom Präsidenten v. Fordenbeck werden gemacht werden, während die Mehrheit gewillt ist, die Machtbefugnisse des Präsidenten zu verstärken, daß sie im übrigen aber von weitgehenden Änderungen der Geschäftsordnung im Sinne der abgelehnten Regierungsvorlage nichts wissen mag. Es soll auch bei dieser Gelegenheit die Frage angeregt werden, ob nicht zugleich eine allgemeine Revision der Geschäftsordnung des Reichstages vorzunehmen sei."

Dasselbe Blatt schreibt: "Im Reichstage beginnen sich die wirtschaftlichen Parteien zu rütteln.

So haben die Freihändler und gemäßigten Freihändler am Sonnabend sich dahin ausgesprochen, daß, so lange bestimmte Zollvorlagen der Reichsregierung nicht vorliegen, der Reichstag auf jede Initiative verzichten müsse. Bei dieser Gelegenheit erklärte Dr. v. Benninghausen, der mit seinem Freunde Miquel dem gemäßigten Schutzzoll zugeneigt schaut, daß er zwar gegen Getreidezölle sei, daß er jedoch im Interesse einiger nothleidenden Industrien für einen mäßigen Schutz derselben eintreten wolle. Welche Taktik er annehmen werde, darüber müsse er stillschweigen beobachten, so lange man nicht wisse, in welcher Form und in welchem System die Vorlagen an den Reichstag gelangen würden: ob die Finanzzölle besonders oder in Gemeinschaft mit den Schutzzöllen. Der Wunsch der Vereinigung, die Fortschrittspartei zu bewegen, ihre beschlossene Interpellation über die Getreidezölle nicht einzubringen, ist durch die Haltung der fortschrittlichen Mitglieder vereitelt worden. So wird denn die diesbezügliche Interpellation der Fortschrittspartei schon in den nächsten Tagen den Reichstag passieren. Morgen, Montag, hat der Abg. Hammacher einige Mitglieder der Freien volkswirtschaftlichen Vereinigung (Schutzzöllner) zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen. Es scheint sich hier um Compromißvorschläge seitens derjenigen Schutzzöllner zu handeln, die der Frage der Getreidezölle ihhl bis ans Herz gegenübertreten. Als dann wird Dienstag Vormittag die freie volkswirtschaftliche Vereinigung zu einer Besprechung zusammengetreten über die Taktik, welche gegenüber der von der Fortschrittspartei angekündigten Interpellation, die Getreidezölle betreffend, einzuschlagen sei."

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter 7. März: "Die aus auswärtigen Blättern nach Berlin gelangte Nachricht, daß in der Angelegenheit des Großen Kurfürsten bereits eine allerhöchste Entscheidung durch Se. Maj. den Kaiser vollzogen sei, wird und als durchaus unzutreffend bezeichnet. Die Sache ist noch nicht bis zu diesem Stadium gediehen."

Aus dem Königreich Sachsen ist eine Deputation, bestehend aus den Herren Handelskammerpräsident Rülke, Geh. Commerzienrat Bischile, Commerzienrat Götz, Stadtrath Reitz und Fabrikbesitzer Hartmann-Chemnitz in Berlin eingetroffen. Die Deputation überbringt eine Zustimmungssadresse zu der Wirtschaftspolitik des Reichsanzeigers. Dieselbe trägt die Unterschriften von einigen tausend Industriellen, welche etwa 300000 Arbeiter beschäftigen.

In Sachen der Bivision wird folgende Erklärung veröffentlicht:

In Sachen der freien, der menschlichen Wohlfahrt zugeteilten sommenden Forschung, zur Abwehr von öffentlichen und verdeckten Angriffen und zur Orientierung der öffentlichen Meinung seien sich die unterzeichneten medicinischen Facultäten zu nachdrückender Erklärung veranlaßt:

1) Unter "Bivision" ist ein Versuch am lebenden Thiere zu verstehen, der zu wissenschaftlichen Zwecken unternommen wird und bei dessen Ausführung eine je nach Umständen leichte, schwerer oder tödliche Verunruhung des Thieres nicht zu umgehen ist.

2) Diese "Bivisionen" sind ein unentbehrliches Mittel der physiologischen und pathologischen Forschung und es gibt keinen Theil der Heilkunde, der aus ihnen nicht schon Nutzen geogen und auch weiteren Nutzen zu erwarten hätte.

Untere Kenntnis vom Blutkreislauf, von den Functionen des Nervensystems, von der Verdauung und vom Stoffwechsel, von der Wundheilung, von der Wirkung der Arzneien beruhen zum größten Theil auf Thiererforschungen, und ebenso kann die Forschung nach dem Wesen der Krankheiten der Krankheiten der Bivision als Hilfsmittel nicht entbehren.

3) Die physiologischen und pathologischen Institute, gegen welche die Angriffe zunächst gerichtet sind, weil in ihnen "Bivisionen" vorgenommen werden, sind staatliche Anstalten, in welchen von Staats wegen außer andern Unterrichts- und Forschungsmitteln auch die für Bivisionen nothwendigen technischen Vorrichtungen bereit gestellt sind.

4) Wie weit es zulässig sei, bei Bivisionen auf die Anwendung des Chloroforms und ähnlicher Mittel zu verzichten, läßt sich nicht durch Vorschriften regeln, sondern muß dem Ersteller desjenigen überlassen bleiben, der den Versuch anstellt. Die in unsern Instituten vorkommenden Bivisionen geschehen unter der vollen Verantwortung der vom Staate autorisierten Vorstände dieser Institute und ist somit jede mögliche Bürgschaft gegen Missbrauch der Bivision gegeben.

Im März 1879. Die medicinischen Facultäten der Universitäten von Basel, Bern, Bonn, Dorpat, Erlangen, Freiburg, Graz, Greifswald, Halle, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, München, Prag, Wien, Brixen.

Preußen. Mit Bezug auf das Bestinden der im böhmischen Brauhause zu Berlin an Trichinosis Erkrankten und in dem Allgemeinen Krankenhaus Untergräben gehen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung unter 7. März folgende Einzelheiten zu: "Infolge der äußerst sorgfam und vorzüglich Pflege hat sich bei vier Kranken die Einkapselung der Trichinen in regelmäßigen Verlaufe vollzogen, sodass die Erkrankten gewesen seien. Mittwoch Abend, heiles Donnerstag früh entlassen werden konnten. Von den andern zehn Kranken befinden sich sämtliche, mit Ausnahme des Mälzers Meister, der, wenn auch nicht lebensgefährlich, so doch noch schwer krank daniederließ, auf dem Wege der Besserung, sodass auch ihre Entlassung demnächst bevorsteht. Zu den bereits ex-

wählten Kranken ist noch einer, der im katholischen Krankenhaus Aufnahme gefunden hat, nachzutragen."

Württemberg. Aus Stuttgart schreibt man der Weser-Zeitung: "Am 2. März feierte der Präsident der Centralstelle für Handel und Gewerbe Dr. Steinbeis sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum, oder vielmehr, er entzog sich dieser Feier, indem er zu seinen Verwandten in Leipzig reiste. Es möchte ihm ein peinlicher Gedanke sein, offizielle Huldigungen entgegenzunehmen in einer Zeit, da er die durch die Erfahrungen eines reichen Lebens gewonnenen Überzeugungen verloren und insbesondere von der Regierung selbst verleugnet sieht. Man erinnert sich, daß er wegen seiner dem Freihandel zugeneigten Ansichten unlängst in der Kammer aufs rücksichtloseste angegriffen und vom Minister aufs schwächste vertheidigt ward."

### Königreich Sachsen.

Der Zusammenbruch der rotheiner Bauschule vor Gericht.

Mittweida, 7. März. In heutiger Vormittagssitzung begann das Zeugenverhör:

Freigutbesitzer Schubert war von 1868 an Vorstandsmitglied des Bauschulvereins und von 1869—78 Mitglied der Revisionskommission, über deren Tätigkeit Zeuge Auskunft gibt. Die Strazen wurden nie vorgelegt. Nach Ansicht des Zeugen ist das über die Stadt Rothenburg eingetragene Urteil dadurch veranlaßt worden, daß der Aufsichtsrath aus lauter Leuten bestand, die von einem regelrechten bankmäßigen Betrieb eines Geschäftes wie das Bauschulvereins keine Kenntnis hatten. Die Creditüberschreitungen Brückner's wurden schon vor 1876 bemerkt, seitens des Aufsichtsrates stets erstmals gerügt, aber immer ohne Erfolg. Zeuge wurde beantragt, fernerweise Creditüberschreitungen Brückner's zu verhören und eventuell Anzeige zu machen. Der von ihm verlangte Appell an die Generalversammlung wurde jedoch noch 1877 abgelehnt. Zeuge gibt zu, daß für Brückner die Statuten nicht streng bindend waren, da dieser in der Generalversammlung stets alles durchzusetzen wußte. Als Zeuge 1878 Kenntnis von den Geheimkontos erhielt, ging er zum Revisor Hümlich, der ihnen ebenso wie andere, mit denen sie über die Sache sprachen, riet, die Sache nicht anzuzeigen, sondern an Brückner's Stellung vorläufig nicht zu rütteln. Den Credit von 140000 M., den Brückner ordnungsmäßig in den Büchern des Vereins hatte, würde dieser nach dem Zeugen Ansicht bei Unterlegung von Hypotheken auch bei Bankiers verhört haben. Die Wechsel von Hapschier u. Rüschpler fielen Zeugen zwar bei der Revision auf, Brückner sagte aber: "Die sind gut!" Den Kauf und die Cession zwischen Hapschier u. Rüschpler und Brückner hat letzterer Zeugen gegenüber als Dedung für das Conto der Firma Brückner bezeichnet. (E. Brückner widerspricht.) Als Zeuge Schubert Kenntnis erhalten hatte von den Otto Lehmann gegebenen 6000 M., sagte er zu Brückner: "Du kannst nicht länger Director bleiben, du fängst an, das Geld zum Fenster hinzuwerfen!" Zeuge hält Brückner für wohlthürt, weil dessen Firma einmal an einem Tage 30000 M. an den Verein zurückzahlte. Zeuge gibt ferner an, daß 1877 ihm Kaden unter den heiligsten Verheuerungen versicherte, daß sein Geheimconto als das von Baumann u. Lehmann existierte; Kaden gibt dies zu, entschuldigt sich aber damit, daß ihn Brückner dazu durch inständige Bitten veranlaßt habe.

E. Brückner und ebenso Kaden geben zu, daß die von Zeugen erwähnte, von der Firma Brückner zurückgezahlte Summe eine einfache Buchungsmarkipulation darstellte. Zeuge bestätigt noch, daß Brückner für wohlhabende Leute galten.

Grobberg (Revisor) war hellvertretender Director des Vereins, welches Amt er nur im Anfang während dreier Tage einmal verlief. Bei Revisionen zählte er immer das baare Geld. Von der Existenz des Geheimkontos wußte Zeuge nichts.

Mühlensbesitzer Hümlich war Contrôleur des Vereins.

Die monatlichen Revisionen der Kasse ergaben meist nur sehr kleine Differenzen. Die Strazen verglich Zeuge nicht mit den Kassenabschlüssen. Von den Geheimkontos wußte er nichts. Brückner's Creditüberschreitungen wurden bemerkt, monirt, trotzdem aber immer größer. Zeuge, der durch den Zusammenbruch des Vereins selbst viel verlor, hält Brückner für wohlthürt, weil dessen Firma einmal an einem Tage 30000 M. an den Verein zurückzahlte. Zeuge gibt ferner an, daß 1877 ihm Kaden unter den heiligsten Verheuerungen versicherte, daß sein Geheimconto als das von Baumann u. Lehmann existierte; Kaden gibt dies zu, entschuldigt sich aber damit, daß ihn Brückner dazu durch inständige Bitten veranlaßt habe.

Weisgerber Müller war Vorstandsmitglied des Vereins. Die Creditüberschreitungen Brückner's wurden diesem 1866 ernstlich untersagt. Zeuge bemerkte 1875 bedeutende Creditüberschreitungen eines Kontos und tütigte dies. Infolge dessen suchte Brückner den Vorstandsmitgliedern das Recht des Einblicks in die Bücher zu entziehen unter der Ausrede, niemand wolle gern wissen, was er für Geld im Verein liegen oder von ihm geborgt habe; Zeuge beantragte deshalb am 5. Mai 1876, daß mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes dies Recht behalten sollten; man wählte Schubert und Hümlich.

Lehrer Hempel vollzog die Jahresrevisionen mit, die Straze gab er nicht, auch keine Wechsel. Von Brückner's Creditüberschreitungen kannte er nichts, er hielt Brückner's Vermögen für sehr hoch.

Kreller war Mitglied des Vorstandes und der Revisionskommission bis 1876. Er vollzog die Jahresrevisionen mit, Wechsel gab er nicht, ebenso wenig die Geheimconti.

Buchhalter Honimus, zur Zeit Massenverwalter des Brückner'schen Concurses, war 11 Jahre im Brückner'schen Geschäft; die Straze, das Bauschulconto führte Zeuge nicht. Von Geheimconto wußte Zeuge nichts, das denn auch in einer Zusammensetzung des Zeugen über die Bilanz der Firma Brückner von 1878 nicht berücksichtigt wurde. Brückner's baare Kasse betrug nie mehr als 50000 M., so lange Zeuge dort war. Über den hohen Umsatz des

Brückner'schen Geschäft kann Zeuge nichts aussagen, da Brückner die Bilanz selbst aufstellte.

Hierauf (12 Uhr) vertagte der Präsident die Sitzung bis 2 Uhr.

In der Nachmittagsitzung wurde das Zeugenverhör fortgesetzt:

Zunächst wurde vernommen Agent Lehmann. Zeuge hatte persönlichen Credit beim Vorschussverein und wurde von letzterm erfolglos angepeitscht. Die Vorschüsse erhielt Zeuge stets von Kaden. Des Zeugen Schwager bat zur Deckung der Lehmann geleisteten Vorschüsse Jahreszahlungen versprochen, auch bereits über 800 M. als erste Rate gezahlt. Die Vorschüsse erhielt Zeuge, wie er sagt, von Brückner, wahrscheinlich weil dieser wußte, daß des Zeugen inzwischen verschwundener Vater Vermögen besaß; er hinterließ 60000 M. Durch die Beantwortung verschiedener Fragen, welche die Vertheidigung an Zeugen stellt, wird constatirt, daß Brückner im Interesse des Vereins allerdings Ursache hatte, mit Lehmann in Verbindung zu bleiben.

Hapspiel, ehemaliger Pianofortefabrikant, war assoziiert mit Rischpler, der sein Vermögen hatte. Rischpler bot Zeugen Abschirfung an unter dem Vorzeichen, er habe einen verhindigenden Freund, Brückner in Roßwein, den Zeuge mit Rischpler besuchte. Letzterer kam bei dem später zu Stande gekommenen Gesellschaftsvertrage Rosse und Buchführung, Hapspiel die technische Leitung. Die vorgeschossenen Gelder rührten nach des Zeugen Ansicht nur von Brückner her, er wußte nicht, daß sie aus der Kasse des Vorschussvereins kamen. In Bezug auf den Kaufvertrag zwischen Brückner und Hapspiel u. Rischpler bestätigte Zeuge, Brückner habe damals bei Abschluß dieses Vertrages über dessen Bedeutung gefragt, er wolle nur die Hand an den Sachen haben, damit ihm andere Gläubiger darin nicht zuvorkommen könnten. Auch beziehentlich der Cession, welche Hapspiel u. Rischpler Brückner gaben, bestätigt Zeuge, daß die Sache nicht so scharf gemeint sei, man könne ja einmal einen Posten auslassen, wenn in der Fabrik Geld zum Betriebe gebraucht werde. Die enormen Summen, welche die Firma von Brückner erhielt, kannte er ebenso wenig wie die Existenz des Geheimkontos von Rischpler bei Brückner, und Zeuge hielt Rischpler für einen ehrlichen Mann und wurde von ihm schrecklich hintergangen, betrug doch das offizielle Konto Rischpler's bei Brückner über 30000 M. Zeuge ist in Concurs gerathen, dessen Resultat 5-6 Proc. für die gemeinen Gläubiger ergeben wird. Max Rischpler steht noch unter Justizvormundschaft, weshalb er heute nicht vorgekommen ist.

Bankier Nachod empfing von Lange in London Zahlungen für Hapspiel u. Rischpler, die er an diese gelangen ließ. Daß diese Summen an Brückner, der von Zeugen nichts erhielt, cedirt waren, wußte Zeuge nicht, ebenso wenig, wofür Lange zahlte.

Advocat Dr. Stein II. in Dresden ist nicht erschienen, hat vielmehr die Zeugenschaft in seiner Eigenschaft als Sachwalter Brückner's abgelehnt. Seine früheren in Dresden gemachten Aussagen werden verlesen; aus denselben geht hervor, daß er Brückner vor Rischpler mehrfach gewarnt haben will und von Brückner nie um Rath gefragt wurde, sondern nur genau präziserte Aufforderungen von demselben erhielt. Den Kaufvertrag Brückner's mit Hapspiel u. Rischpler bezeichnet Dr. Stein indirekt als Scheinkauf und als ein Instrument für Brückner, Bedingung für gewisse Summen zu haben. Die Bekanntheit und Geschäftsvorbindung Brückner's mit Rischpler dürfte nach Stein's Aussagen durch den inzwischen mit Hinterlassung einer Schuldenlast von 450000 M. verschwundenen Mechanikus Richter in Dresden angebahnt worden sein. Der Angeklagte widerspricht ganz entschieden der Behauptung Stein's, daß dieser ihn vor Rischpler gewarnt.

Der Sachverständige de Meville bemerkte: Die Bücher der Firma reichten nicht aus dazu, um eine Übersicht über den Vermögensstand jederzeit zu gewinnen, namentlich fehlten Lager- und Wechselbestandsbuch, ebenso ein Wechselverfallbuch; das Wechselkonto und Kassenbuch genügten nicht, um Auskunft über den Wechselseiten- und Ausgang zu geben. Aus den Grundbüchern der Firma Brückner sind einzelne, nicht aber alle Posten des Verkehrs mit der Vorschussbank ersichtlich.

Nach Verlesung der einzelnen, in ihrer Gesamtheit enormen Posten, welche Brückner aus der Kasse des Vereins entnommen (das Deficit zwischen Entnahmen und Rückzahlungen beträgt 226578 M.), sowie der einzelnen Contos von Hapspiel u. Rischpler, schließt der Präsident, nachdem von einer Berechtigung der Zeugen abgesehen worden war, um 5 Uhr die Sitzung. Der Zudrang zu derselben war ebenso groß wie zu der gestrigen. Morgen finden die Plaidoyers statt.

(Wir entnehmen dem uns bereits vorliegenden Schlussberichte vorab das Urteil; es lautet für E. Brückner auf 8 Jahre Gefängnis, für Kaden auf 3½ Jahre Gefängnis, für R. Brückner auf 1 Woche Gefängnis. Außerdem wurden E. Brückner auf die Dauer von 5, Kaden auf die Dauer von 3 Jahren die politischen Ehrenrechte aberkannt. D. Red.)

In Dresden und dessen Vororten haben auf Grund von auswärts bei der Polizei eingegangenen Mittheilungen am 8. März Haussuchungen bei als socialdemokratische Agitatoren bekannten Personen stattgefunden; es wurden aber weder Schriftstücke noch zu Parteiwesen angesammelte Gelder gefunden.

7. Leipzig, 10. März. In der heute Abend stattfindenden Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft wird der durch seine handelspolitischen Schriften und Referate beim Volkswirtschaftlichen Kongreß u. bekannte Dr. Max Weigert aus Berlin einen Vortrag über die deutsche Handelspolitik halten und dabei nach einem Rückblick auf die Entwicklung seit 1818 auch die gegenwärtig brennende Frage behandeln. Selbst Industrieller in der fikt. Sachsen so besonders wichtigen Textilbranche, ist der Redner zu einer

Bedeutung derselben vom praktischen Standpunkte besonders befähigt.

\* Leipzig, 11. März. Eine amtliche Uebersicht über die Thätigkeit des Gewerbeschiedsgerichts der Stadt Leipzig auf die Monate Januar und Februar ergibt Folgendes:

Klagenpräzesse wurden geltend gemacht von Arbeitgebern 10, von Arbeitnehmern 197, Summa 207; davon wurden erledigt durch gerichtlichen Vergleich 150, durch Schiedsspruch 13, in anderer Weise 37, Summa 200; und zwar nach Anstellung der Klage in 1 Tage 171, 1 Woche 5, 2 Wochen 20, 3 und mehr Wochen 4; unerledigt blieben 12.

\* Leipzig, 7. März. Die Freuden des Lebens durch Kunstgenüsse zu erholen, ist für die große Mehrzahl des leipziger Publikums ein solch wesentlicher Bedürfnis, daß sich jeden Winter neue Vereine mit dieser Tendenz bilden. So entstand auch der „Musikalisch-dramatische Verein“, welcher gestern in Triesthöfer's Saale seine erste Soirée gab und sich einen zahlreichen Publikums zu erfreuen hatte.

Nach Beethovens Konzert-Ouverture Nr. 3, welche auf dem Flügel vorgetragen wurde, sprach ein Herr in einem Prolog die Leidenschaft des Vereins mit begeisterten Worten aus, worauf dann mehrere musikalische und declamatorische Vorträge folgten, die sich bis nach 11 Uhr hinjogen. Von Hl. Matrosy hörten wir eine Arie aus dem „Troubadour“, eine aus „Stradella“, Gounod's „Frühlingsschlaf“ und das Duett aus dem „Rachsänger“, das sie mit Hrn. Liebau vortrug. Durch anhaltenden Beifall wurde sie zu einer Zugabe veranlaßt. Hr. Liebau sang außerdem noch eine Arie aus Donizetti's „Don Sebastian“, „Frau Musica“ von Mantel und hatte sich ebenfalls das Tacopuro zu erfreuen, dem er mit einer Zugabe entsprach. Bei fortgesetzten feierlichen Studien läßt sich von diesen beiden Mitgliedern unserer Bühne noch Erfreuliches erwarten. Zwei gute Declamationen: „Die Mutter am Kreuzlein“ von Rosial, „Lachen und Weinen“ von E. Dohm, erhöhten noch das Amusement. Das Dohm'sche Gedicht war von ganz besonderer humoristischer Wirkung. Ein Schauspieler von Fach hätte es nicht besser sprechen können. Auch die liebliche Streicherin trug zur Mannigfaltigkeit der Kunstgenüsse mit bei. Die daraus vorgetragenen Melodien wurden am Flügel begleitet, was ein eigenhändiges Toncolorit erzeugte, aber eine gute Wirkung machte. Über die eingestrennten Klaviervorträge, „Mouvement musical“ von Fr. Schubert, Walzer von Chopin und Schumann's „Faschingsschwank“, enthalte ich mich der Kritik und erwähne nur noch, daß nach dem Concert anderweitige Gesellschaft das Publikum noch lange beisammen hielt.

\* Leipzig, 10. März. Am Sonnabend Abend sind hier zwei Selbstmordversuche gemacht, aber zum Glück vereitelt worden. An der Plagwitzer Straße starzte sich ein junger Mann erwerbsloses 18 Jahre altes Dienstmädchen in den Hinterkopf, wurde aber auf ihr Hinterkopf durch einen Schuhmann lebend wieder herauengezogen. Nur etwas später hatte sich ein 24 Jahre alter Detonon aus einem in der Nähe Leipzigs liegenden Dorfe infolge einer Familienfeindschaft mittels eines Revolvers in das rechte Ohr geschossen, ohne den beabsichtigten tödlichen Erfolg zu erreichen. Beide Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.

Aus Leipzig vom 7. März berichtet die Leipziger Zeitung: „An den heutigen Frühjahrsprüfungen debütierte Langung der Berechtigung zum Einjährigen freiwilligen Dienst, welche am 1. März begonnen haben und mit heute zu Ende geführt worden sind, hatten sich 29 Kandidaten beteiligt, von denen 20 dem Kaufmannsstand angehören, 1 als Bautechniker, die übrigen 8 als Privatschüler sich bezeichnet hatten. Auf Grund des Ausschusses der christlichen Prüfungen sind 7, nach beobachteter mündlicher Prüfung 13 zurückgewiesen worden, nur 9 hat der Berechtigungschein nach bestandenem Examen zuerkannt werden können.“

### Handel und Industrie.

\* Dresden, 9. März. Infolge der amtlichen Bekanntmachung, daß das ganze Gebiet des Deutschen Reiches für von der Kinderpest befreit zu erklären sei, hat das Ministerium des Innern gleichfalls verfügt, daß die unterm 27. Jan. gegen Einschleppung der Kinderpest aus Preußen angeordneten Maßregeln aufgehoben seien.

\* Bremen, 8. März. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8,85, per April 8,85, per Mai 8,90, per August-Dezember 9,75.

\* Antwerpen, 8. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 22 bez. u. Br., per April 22½ Br., per September 24 bez. 24½ Br., per September-December 25 Br. Ruhig.

\* Liverpool, 8. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middling amerikanische März-April-Lieferung 5½, April-Mai-Lieferung 5% D.

\* Glasgow, 8. März. Die Vorräte von Kohleisen in den Stores belaufen sich auf 222000 Tons gegen 170000 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Dohöfen 89 gegen 87 im vorigen Jahre.

**Wörsenberichte.**

\* Berlin, 10. März, 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Ost. Creditact. 428,50, Ost.-Franz. Staatsb. 435,—, Ost. Südbahn (Lomb.) 114,—, Berg.-Märk. 77,50, Röns.-Münster 106,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 97,75, Rhein 107,—, Rumän. 29,40, Disconto-Comm. 135,50, Königs- und Laurahütte 67,—, Ost. Lote v. 1860 112,25, do. Goldrente 66,25, do. Silberrente 56,10, do. Papierrente 55,20, Russ. Ant. v. 1877 86,25, do. Bankn. 200,25, Deutsche 66,—, Ung. Goldrente 74,40, Tendenz: animirt.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 238,10, Ost.-Franz. Staatsbahn 248,20, Ost. Südbahn (Lomb.) —, Galiz. Karl-Ludwigsb. 228,—, Ost. Goldrente 76,30, Deutsche Marknoten 57,35, Napoleonb. 9,29. Tendenz: fest.

\* Berlin, 8. März, 2 Uhr 50 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 96,70, 4½ proc. preuß. consol. Ant. 105,10, Sproc. sächs. Rente 73,70, Oester. 1860er Lote 111,80, do.

Papierrente 55,10, do. Silberrente 55,90, do. Goldrente 66,—, Ungar. Goldrente 74,20, russ. consol. Sproc. Anteile v. 1877 86,80, do. Prämienanleihe 145,70.

**Bankaktionen.** Ang. Deutsche Creditanst. 118,75, Chemn. Bankn. 74,—, Darmst. Bl. 118,50, Deutsche Bl. 101,75,

Deutsche Reichsb. 153,—, Disconto-Comm. 134,—, Dresd. Bl. 102,30, Grazer Bl. 76,30, do. Handels- u. Creditbank 49,50, Gorbaet. Bank 87,25, Leipziger Disconto-Bl. 69,—, Meiningen Creditanst. 73,40, Sächs. Bl. 106,90, Schön. Bankn. 23,—, Thür. Bl. 78,75, Weimar. Bl. 34,—, Döllers. Creditanst. 417,50.

**Industrieaktionen.** Gesenklichen 94,—, Königs- u. Kurau. blüte 67,—.

**Eisenbahnaktionen.** Auflig.-Tepliger 145,50, Berlin-Potsd. Magdeb. 49,10, Berlin-Stettin 98,10, Bresl.-Schweidn. Kreis. 66,75, Halle-Sorau-Guben 15,10, Magdeb.-Halberst. 123,40, Mainz-Ludwigsb. 66,60, Obersch. La. A 124,—, Ost. Nordwestb. 201,—, Prag-Turnauer 40,40, Nürnberg. Stammact. 29,30, do. Stammact. 83,—, Thür. 115,50, Berlin-Anh. 88,50, Köln-Mind. 104,90, Galiz. Karl-Ludwigsb. 97,25, Franzosen 427,50, Lomb. 113,—, Rhein. 107,25, Sardin. Napoleonb. 16,22, Ost. Banknoten 174,70, Russ. Bankn. 198,40, Ost. Silbergulden —.

Wechsel. Amsterdam f. S. 169,15, do. 2 M. 168,35, Belg. Bankn. 10 Tage 80,95, do. 2 Mon. 80,70, London kurz 20,505, do. 3 Mon. 20,375, Paris f. S. 81,—, Petersburg f. S. 198,—, do. 3 M. 197,60, Warschau f. S. 198,10, Wien f. S. 174,20, do. 2 M. 173,20.

\* Frankfurt-a. M., 8. März. **Schlußurteile:** London-West 20,487, Wiener Wechsel 174,35, Sproc. Sächsische Rente 78%, Ost. Papierrente 5 ½%, do. Silberrente 55%, do. Goldrente 66%, Staatsbahn 213 ½, Lomb. 56, Galiz. 194 ½, Ost. Creditactien 207%, Darmst. Banknoten 119, Deutsche Reichsb. 153%.

\* Hamburg, 8. März. Silberrente 55%, Goldrente 66, Creditact. 208%, 1860er Lote 112 ½, Franz. 53,20, Lomb. 141, Ital. Rente 76 ½, 1872er Russen 86, Bergius. 121 ½, Laurahütte 66 ½, Commerzbl. 102, Norddeutsche 138, Intern. Bl. 83 ½, Amerit. 96 ½, Röns.-M. 105, — \* Wien, 8. März. **Schlußurteile:** London-West 20,487, Wiener Wechsel 174,35, Sproc. Sächsische Rente 78%, Ost. Papierrente 5 ½%, do. Silberrente 55%, do. Goldrente 66%, Staatsbahn 213 ½, Lomb. 56, Galiz. 194 ½, Ost. Creditactien 207%, Darmst. Banknoten 119, Deutsche Reichsb. 153%.

\* Hamburg, 8. März. Silberrente 55%, Goldrente 66, Creditact. 208%, 1860er Lote 112 ½, Franz. 53,20, Lomb. 141, Ital. Rente 76 ½, 1872er Russen 86, Bergius. 121 ½, Laurahütte 66 ½, Commerzbl. 102, Norddeutsche 138, Intern. Bl. 83 ½, Amerit. 96 ½, Röns.-M. 105, — \* Wien, 8. März. **Schlußurteile:** London-West 20,487, Wiener Wechsel 174,35, Sproc. Sächsische Rente 78%, Ost. Papierrente 5 ½%, do. Silberrente 55%, do. Goldrente 66%, Staatsbahn 213 ½, Lomb. 56, Galiz. 194 ½, Ost. Creditactien 207%, Darmst. Banknoten 119, Deutsche Reichsb. 153%.

\* Paris, 8. März, 8 Uhr nachm. Sproc. amortisier. Rente 79,92 ½, Sproc. Rente 77,77 ½, 1872er Russen 112,90, Ital. Sproc. Rente 76,15, Ost. Goldr. 67 ½, Ung. Goldr. 74 ½, 1877er Russen 88 ½, Franz. 532,50, Lomb. 148,75, do. Prior. 244,—, 1865er Russen 12,17 ½, 1869er 76,—, Türkische 47,—.

\* London, 8. März. Consols 96 ½, Ital. Sproc. Rente 75 ½, Lomb. 5 ½, Sproc. 1871er Russen 82 ½, do. 1872er 84 ½, do. 1873er 84 ½, Silber —, 1866er Russ. 76,15, Ost. Goldr. 67 ½, 1877er Russen 88 ½, Franz. 532,50, Lomb. 148,75, do. Prior. 244,—, 1865er Russen 12,17 ½, 1869er 76,—, Türkische 47,—.

**Leyden.** Consols 96 ½, Ital. Sproc. Rente 75 ½, Lomb. 5 ½, Sproc. 1871er Russen 82 ½, do. 1872er 84 ½, do. 1873er 84 ½, Silber —, 1866er Russ. 76,15, Ost. Goldr. 67 ½, 1877er Russen 88 ½, Franz. 532,50, Lomb. 148,75, do. Prior. 244,—, 1865er Russen 12,17 ½, 1869er 76,—, Türkische 47,—.

\* Berlin, 8. März. Weizen per loco 150—190, per Frühjahr 177,—, per Herbst 188,50. Roggen: loco 123,—, per Frühjahr 128,—, per Mai-Juni 123,—, per Herbst 128,—, Ründigung: —, Tendenz: fest. Spiritus: loco 51,30, per März —, per Frühjahr 52,—, per Mai-Juni 52,10, Ründigung: 1, Lebend: behauptet. Rübel: loco 59,20, per Frühjahr 58,90, per Mai-Juni 59,20, per Herbst 61,—, Ründig: —, Tendenz: —, Vater: per Frühjahr 115,50, per Mai-Juni 117,50.

**Leipziger Productenbörsen** am 10. März. Witterung: Schön. Spiritus loco 50,80 G.; besser.

\* Leipzig, 10. März. Die heutige Börse eröffnete und verließ in sehr fester Haltung, der Verkehr erlangte eine ziemliche Ausdehnung. Die glänzende Disposition ist auf befriedigende Berichte von den tonangebenden Blättern zurückzuführen. Reichsanleihe, Sächsische Renten und Sproc. Preußische Consols waren ziemlich leicht im Verkehr.

Eisenbahnaktionen möglich belebt; Auflig.-Tepliger beliebt und höher, ferner waren Böhmisches Nordbahn, Prag-Turnauer, Oberösterreichische, Weimar-Gera, Rheinische und Thüringer gefragt und theilweise im Handel. Stettiner waren offen.

**Baufaktien** fest; Leipziger Credit verkehrten lebhaft zu ungefähr legtem Kurse, Berliner Disconto höher, Sächsische Bank, Deutsche Bank und Weimarerische Bank wurden in einzigen Verträgen umgesetzt.

Leipziger Börse.

10. März.

Wachsal

ersburg 6% Re  
Morgan 41%

Wir entnehmen der "Neuen Freien Presse" in Wien vom 5. d. M. folgende Notiz: (Haupttreffer.) Wie man uns mittheilt, kann Herr Ecola in Baden nur einen Theil des Haupttreffers der 1833er Lotse gewonnen haben, nachdem sich auch im Besitze des Bank- und Wechselgeschäfts Nyitrai & Comp. ein Künfteltheil des Haupttreffers befindet. Dieses Künftel war Eigentum einer von genanntem Geschäfte arrangirten Los-Gesellschaft, welche den Treffer bereits ausbezahlt erhielt. Das Trefferlos befindet sich in dem Schau-

## Auf und davon.

Theater der Stadt Leipzig. Neues Theater. Dienstag, 11. März. Lumpaci Bagabundus, oder: Das lieberliche Kleeblatt. (70. Abonnement-Vorstellung.)  
Altes Theater. Mittwoch, 12. März. Dacres Haus. Lustspiel in 5 Akten von Adolf F. Erkner. Dr. Ferdinand Claus. Herr Dr. August Förster.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

**Der Neue Plutarch.****Biographien hervorragender Charaktere der Geschichte, Literatur und Kunst.**

Herausgegeben von Rudolf von Gottschall.

Erster bis sechster Theil.

8. Sebter Theil geheftet 6 M., geb. 7 M.

## Inhalt:

## Vierter Theil.

Ulrich von Hutten. Von Hans Brüh.  
Konrad Gessner. Von Hermann Uhde.  
Lord Byron. Von Rudolf Gottschall.

## Fünfter Theil.

Prinz Eugen von Savoyen. Von W. Rogge.  
Jean Jacques Rousseau. Von H. Broderhoff.  
Klemens Metternich. Von Adolf Beetz.

## Sechster Theil.

Der Große Kurfürst. Von B. Erdmannsdörffer.  
Herzog von Wellington. Von Reinhold Pauli.  
Johann Gottlieb von Herder. Von H. von Baerenbach.  
Graf John Russell. Von Friedrich Althaus.

[571]

Die unter dem Titel "Der Neue Plutarch" erscheinende Porträtgalerie ausgezeichnete Persönlichkeiten, zunächst seit dem Zeitalter der Reformation bis zur Gegenwart, ist bereits zu einem beliebten Haus- und Familiendekor geworden und erfreut sich immer weiterer Verbreitung.

## Erster Theil.

Martin Luther. Von Heinrich Rückert.  
Oliver Cromwell. Von Reinhold Pauli.  
Heinrich IV. von Frankreich. Von W. Philippson.

Voltaire. Von Karl Rosenkranz.

## Zweiter Theil.

Maximilian Robespierre. Von Rudolf Gottschall.  
Maria Theresa. Von Adolf Beer.  
Camillo Graf von Cavour. Von Otto Speyer.

## Dritter Theil.

Philip II. von Spanien. Von W. Philippson.  
Charles James Fox. Von H. Althaus.  
Friedrich von Schiller. Von Rudolf Gottschall.

[571]

**Verlag von OTTO SPANNER in Leipzig.**  
**Otto von Leixner's Illustrirte Literatur - Geschichte**  
 in volkstümlicher Darstellung für Haus und Schule. 25—30 Lieferungen à 50 Pf. — 80 Kr. ö. W. Mit ca. 360 Illustrationen, zahlreichen Tonbildern, Porträtsgruppenbildern etc. nach Zeichnungen von Ludwig Buschor, E. v. Lutrich, B. Mörlins, H. Vogel und Andern.  
 (Vollendet bis Ostern 1880.)  
 — Ausführliches Programm gratis und franco. — Bestellungen nehmen alle Buchhandl. an. [555]

In allen Buchhandlungen zu haben:  
 (Zur Ausbildung für den gesellschaftlichen Umgang:) [409]

**Galanthomme,**

oder der Gesellschafter, wie er sein soll. Enthaltend 20 Regeln des feinen Tones und des Anstandes, 80 Liebesbriefe, 20 galantmässige Stücke, 28 Gesellschaftsspiele, 146 Kartenkunststücke, Anekdoten und Coaster.

Von F. Günster. Professor.

Sechzehnte Auflage. 2 M. 50 Pf.  
Ernst'sche Buchhandlung, Quedlinburg.**Sieben erschien das 158. Heft von  
Brockhaus' Conversations-Lexikon.**

## Zwölftes Auflage.

180 Hefte zum Subscriptionspreise von 50 Pf.

Das Werk ist auch in 15 Bänden (Preis des Bandes geb. 6 Mark, in Halbfrauenband 7½ Mark) zu begleiten. Der erste bis dreizehnte Band (A-Stabilität) liegen bereits vollständig vor.

Unterschriften nehmen alle Buchhandlungen an.

Ein junger Mann, welcher mit der Fabrikation der bunten Handsticke vertraut ist, kann dauernde und gute Stellung finden. Reflectanten wollen Offerten unter W. C. 367 in der Annonce-Edition von Haasenstein & Vogler in Leipzig niederlegen. [556—58]

Dampferverbindungen zwischen Stettin und Colberg, Stolpmünde, Danzig, Elbing, Königsberg i. Pr., Tilsit, Libau, Riga, St. Petersburg, Kopenhagen, Gothenburg, Christiania, Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Hull, London, Middlesbrough o. Tees unterhält regelmässig. [560—59]  
Rud. Christ. Gribel in Stettin.

Königl. Hoftheater zu Dresden.  
Repertoire - Entwurf vom 11. bis 15. März.

Altstadt.  
Dienstag, 11. März. Der fliegende Holländer. — Mittwoch, 12. März. Die Grille. Fanchon, Fr. Günther, als Gast. — Donnerstag, 13. März. Das Nachtlager zu Granada. — Sonnabend, 15. März. Die Jäbin. (Anfang 1/2 Uhr.)

Neustadt.  
Dienstag, 11. März. Ein unanonymer Fuß. Die Büste. — Donnerstag, 13. März. Philippine Welser. — Sonnabend, 15. März. Narciss. Fr. Haase, als Gast.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

**Das Weib.**

Philosophische Briefe über dessen Wesen und Verhältniss zum Manne.

Von

Emerich du Mont.

8. Geh. 6 M. Geb. 7 M. 50 Pf.

Der Verfasser des mit diesem Befall ausgenommenen Buchs „Der Fortschritt im Lichte der Lehren Schopenhauer's und Dorovin's“ bietet mit vorliegendem Werk einen Schluss von Briefen, welche ein „stereoskopisches“ Bild vom Wesen des Weibes im Vergleich zu dem des Mannes entwerfen und geistvolle, vieles Neue enthaltende Betrachtungen über Liebe und Ehe daran knüpfen. Weibliche wie männliche Leser werden den originellsten und höchst anregenden Excursen mit gespanntem Interesse folgen. [572]

**Erziehungs-Anstalt für junge Mädchen in Fiez, bei Grandson (Canton Waadt).**

Die Damen Gilliard-Masson nehmen in ihrem Hause eine beschränkte Anzahl junger Mädchen auf, die in demselben eine sorgfältige Erziehung finden können, sowie Unterricht in allen Fächern des Studiums moderner Sprachen und verschiedener Künste und ein angenehmes Familienleben.

Prospectus und Referenzen werden auf Wunsch ertheilt. (H 321 L) [348—49]

Verantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.